

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Stadtvorstand (dort beschlossen am: 08.03.2021)

Titel: Bildungskonzept

Antragstext

1 Der Stadtparteitag möge beschließen:

2 KONZEPTION POLITISCHER BILDUNG

3

1. Notwendigkeit demokratischer politischer Bildung

4 Das Parteiengesetz definiert die Aufgaben politischer Parteien und erkennt
5 insbesondere die große Bedeutung in der politischen Willensbildung. So heißt es,
6 „[d]ie Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf
7 allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, insbesondere indem sie auf die
8 Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung
9 anregen und vertiefen [...]“[\[1\]](#). Politische Bildung ist also originäre Aufgabe
10 politischer Parteien und damit natürlich auch von Bündnis 90/Die Grünen in
11 München.

12 Insbesondere in der Demokratie ist politische Bildung von besonderer Bedeutung,
13 „[d]enn Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die
14 gelernt werden muss“[\[2\]](#). Die Befähigung zum demokratischen Handeln kann nicht

15 vorausgesetzt werden, sondern ist Ziel u.a. der politischen Bildung.
16 Gleichzeitig setzt die Demokratie den*die mündige*n Bürger*in voraus, so dass
17 sie ständig die Voraussetzungen schaffen muss, von denen sie lebt. Dabei ist
18 demokratische Partizipation kein statisches Ziel, kein abschließbarer
19 Lernprozess, sondern ständiger Aushandlungsprozess, der sich stetig selbst
20 weiterentwickelt, so dass auch politische Bildung ständig neue Gegenstände oder
21 Fragestellungen vorfindet, die bearbeitet werden müssen.

22 Eine der wesentlichen Herausforderungen politischer Bildung ist dabei, die
23 Unübersichtlichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und Entwicklungen zu
24 strukturieren und inhaltliche und methodische Anleitung zu ihrem Verständnis zu
25 geben. Im Gegensatz zu ideologischer Indoktrination setzt politische Bildung
26 hierbei auf ergebnisoffene Bildungsprozesse, ohne sich in inhaltlicher
27 Beliebigkeit zu verlieren. Politische Bildung ist parteiisch und bezieht
28 deutlich Position, wenn es um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
29 Diskriminierung oder antidemokratische Aktivitäten geht, nimmt aber das Ergebnis
30 demokratischer Aushandlung von Positionen oder die individuelle Meinungsbildung
31 nicht vorweg, sondern strukturiert und unterstützt auf dem Weg dorthin. Ziel ist
32 es, die Teilnehmer*innen zu eigenständiger Meinungs- und Urteilsbildung zu
33 befähigen und dafür als Grundlage mit der Informationsflut, die insbesondere
34 durch Internet und soziale Medien über die Individuen hereinbricht, umzugehen.
35 D.h. neben inhaltlicher Auseinandersetzung geht es auch wesentlich um die
36 Vermittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten, die für eine Orientierung in einer
37 überfordernd komplexen Welt und der Informationsflut durch Internet und soziale
38 Medien notwendig sind.

39 Für eine Partei ist diese politische Bildungsarbeit nicht nur demokratischer
40 Selbstzweck, sondern zugleich notwendige Grundlage, um auch in politisch
41 bewegten Zeiten und angesichts schwindender dauerhafter Parteibindungen und
42 schnell wechselnder politischer Konjunkturen Mitgliedern und Bürger*innen
43 politische Orientierung zu geben. War man früher qua Geburt in ein
44 lebensweltliches und damit auch politisches Milieu eingebunden, hat die
45 Individualisierung solche Bindungen verflüssigt und zu Wahloptionen neben
46 anderen gemacht. D.h. die Bindung an eine Partei ist Ergebnis eines
47 Abwägungsprozesses und jederzeit revidierbar und damit ist es Aufgabe der
48 Partei, Mitgliedern und Interessierten Angebote zur inhaltlichen
49 Auseinandersetzung zu machen, um diese von den eigenen Inhalten zu überzeugen,
50 sie als demokratische Bürger*innen zur Partizipation zu befähigen oder sie sogar
51 zu Multiplikator*innen für die eigenen Positionen auszubilden und so eine
52 Bindung an die Partei zu erreichen.

53 Gleichzeitig ist die politische Bildung ein Labor für die Entwicklung neuer
54 politischer Inhalte und Verfahrensformen, steckt in jeder politischen

55 Bildungsveranstaltung ein Moment von Utopie, der über das Bestehende
56 hinausweist. Erst in der kritischen Auseinandersetzung mit den
57 gesellschaftlichen Verhältnissen entstehen Ideen und Vorstellungen von
58 gesellschaftlichem Fortschritt und bilden sich Fähigkeiten und Kompetenzen aus,
59 um die Gesellschaft zu verändern.

60

2. Grundlagen politischer Bildung bei den Münchner Grünen

61 Grundlage der politischen Bildung ist der Aufklärungsgedanke, den Immanuel Kant
62 als „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“[\[3\]](#)
63 zusammenfasste. Hierbei ist einerseits impliziert, dass es die Verantwortung des
64 einzelnen Menschen ist, ob bzw. in welcher Form er*sie sich des eigenen
65 Verstandes bedient. Andererseits ist deutlich, dass Unmündigkeit kein
66 unveränderbares Schicksal ist, sondern dass es Mittel und Wege der
67 Selbstbefähigung und Selbstermächtigung gibt, die den Ausgang aus der
68 Unmündigkeit ermöglichen.

69 Aufbauend auf diesen Gedanken können die Möglichkeiten aber auch Grenzen
70 politischer Bildung näher betrachtet werden. Politische (Erwachsenen-)Bildung
71 ist Teil des nicht-formalen Lernens (in Abgrenzung zum formalen Lernen in
72 Bildungseinrichtungen und informellen Lernen im Alltag) und als solches ein
73 Angebot, das freiwillig besucht werden kann. Gleichzeitig hat man es, anders als
74 bspw. in einer Schulklasse, nicht mit relativ homogenen Teilnehmer*innengruppen
75 zu tun, sondern mit Menschen, die sich in Bezug auf Vorbildung, Einstellungen
76 und Interessen erheblich unterscheiden.

77 Die Angebote der politischen Bildung sind nachfrageorientiert, weil sie nur dann
78 besucht werden, wenn sie für mögliche Teilnehmer*innen auch im Vergleich zu
79 Konkurrenzangeboten attraktiv sind. Gleichzeitig sind Angebote der politischen
80 Bildung ohne Erziehungsauftrag, d.h. es geht um Anleitung und Unterstützung bei
81 der selbständigen Aneignung und Einordnung von Wissen und nicht um die
82 Vermittlung eines vorgegebenen Lehrstoffs. Die Vermittlung von Kompetenzen zur
83 eigenständigen Durchführung von und fachlichen Anleitung in
84 Bildungsveranstaltungen steht dabei prinzipiell allen offen und macht dadurch
85 deutlich, dass die Grenze zwischen Teilnehmer*in und Moderator*in/Referent*in
86 durchlässig und situativ ist und keinem Lehrer*in/Schüler*in-Verhältnis
87 entspricht.

88 Im Zentrum der Angebote der politischen Bildung steht das Subjekt selbst mit

89 seinen Interessen und Bedürfnissen. Politische Bildung als subjektorientierte
90 Bildung bedeutet daher, dass sich die Bildungsangebote und Fragestellungen aus
91 den realen Lebenszusammenhängen der Menschen ergeben. Methoden und Inhalte
92 müssen sich an den Menschen und ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten ausrichten.

93 Die politische Bildung hat dabei den Anspruch einen umfassenden
94 Inklusionsbegriff zu realisieren und neben der Zugänglichkeit für Menschen mit
95 Behinderung auch andere Hindernisse und Ausschlüsse, bspw. auf Grund von
96 Herkunft, Geschlecht oder anderen Merkmalen, zu reflektieren und soweit möglich
97 zu überwinden[4].

98 Die politische Bildungsarbeit der Münchner Grünen ist dabei ein Mosaikstein in
99 der Gesamtheit der politischen Bildung in München, denn auch andere Parteien,
100 Stiftungen, Gewerkschaften, konfessionelle Träger oder auch Volkshochschulen
101 sind Anbieter politischer Bildung. D.h. einerseits steht das eigene Angebot in
102 Konkurrenz zu möglichen Alternativen, andererseits sind die verschiedenen
103 Angebote der politischen Bildung ein Spiegel der Pluralität des
104 Meinungsspektrums in unserer Demokratie. Es ist daher legitim, dass anders als
105 bspw. die Landes- bzw. Bundeszentrale für politische Bildung die politische
106 Bildungsarbeit der Münchner Grünen nicht überparteilich oder parteipolitisch
107 neutral ist, sondern sich an den Inhalten und Beschlusslagen der Grünen und der
108 Münchner Grünen orientiert.

109 Es gibt eine intensive Debatte in der politischen Bildung über die Lernziele,
110 wobei insbesondere die Vermittlung von Kompetenzen zur eigenständigen
111 Informationsverarbeitung und -einordnung und die daraus folgende Fähigkeit zur
112 demokratischen Meinungs- und Urteilsfindung im Fokus stehen. Oskar Negt,
113 Soziologe und profiliertes Erwachsenenbildner, geht davon aus, dass politische
114 Bildung gleichzeitig Sachwissen und Orientierung vermittelt und dafür sechs
115 Kompetenzen stärken muss, damit die oft empfundene individuelle Ohnmacht
116 überwunden werden kann:

- 117 • Identitätskompetenz: Umgang mit den Herausforderungen für die eigene
118 Identität
- 119 • Technologische Kompetenz: Gesellschaftliche Wirkungen technischer
120 Entwicklungen verstehen
- 121 • Gerechtigkeitskompetenz: Wissen über Recht/Unrecht, Gleichheit und
122 Gerechtigkeit
- 123 • Ökologische Kompetenz: Wissen über den Umgang mit Mensch, Natur und Umwelt

- 124 • Ökonomische Kompetenz: Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge
- 125 • Historische Kompetenz: Erinnerungs- und Utopiefähigkeit[\[5\]](#)

126 Anhand dieser sechs Dimensionen können politische Phänomene eingeordnet und
127 beurteilt werden. D.h. das Ziel politischer Bildung der Münchner Grünen ist,
128 dass Teilnehmer*innen befähigt werden, Inhalte in ihrem gesellschaftlichen
129 Zusammenhang und mit ihren komplexen Folgen in unterschiedlichen Dimensionen zu
130 verstehen und sich dazu eigenständig eine Meinung bzw. ein Urteil zu bilden.
131 Dafür müssen in der Bildungsarbeit Gesellschaftstheorie, grundlegende
132 gesellschaftliche Verhältnisse und konkrete politische Handlungsmöglichkeiten
133 zusammengedacht werden. Wichtig ist hierbei, dass die kritische
134 Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Ungleichheit, Umweltzerstörung usw. mit
135 Utopie- und Handlungsfähigkeit verbunden wird, so dass bei allen bestehenden
136 Problemen die (politische) Gestaltung einer lebenswerten Zukunft für alle nicht
137 aus dem Blick verloren wird.

138 Wie bereits oben dargelegt, ist politische Bildung bei den Münchner Grünen
139 subjektorientiert, d.h. richtet sich – soweit dies möglich ist – an den
140 individuellen Voraussetzungen der (potenziellen) Teilnehmer*innen aus. Folgende
141 Übersichtsgrafik verdeutlicht, wie unterschiedlich die individuellen
142 Hintergründe und damit auch Zugänge zu Themen und Bildung sind:

143 *Abbildung 1: Lernvoraussetzungen*[\[6\]](#)

144 Wie aus der Abbildung 1 hervorgeht, bringen die Teilnehmer*innen viele
145 Lernvoraussetzungen – intern wie extern – mit, die in den Bildungsangeboten und
146 bei der Auswahl der richtigen Lernumgebung berücksichtigt werden müssen. Dabei
147 sind sowohl bauliche oder technische Voraussetzungen (Barrierefreiheit,
148 Erreichbarkeit, Raumgröße und Ausstattung etc.) als auch die moderative und
149 methodische Gestaltung der Veranstaltungen (quotierte Redner*innenlisten,
150 Kinderbetreuung, Ausgestaltung von Anfangs-, Pausen- und Endzeiten usw.)
151 gemeint. Insbesondere für marginalisierte oder benachteiligte Personengruppen
152 können so Beteiligungshindernisse gesenkt oder gänzlich abgebaut werden, um dem
153 Anspruch auf umfassende Inklusion zu sichern.

154
155

3. Methodischer und organisatorischer Rahmen der politischen Bildung

156 Neben der notwendigen Ausstattung mit Ressourcen ist für eine inklusive
157 Bildungsarbeit auch eine entsprechende Qualifizierung von Referent*innen,
158 Moderator*innen und anderen Beteiligten Voraussetzung. Durch die kontinuierliche
159 Qualifizierung eigener Referent*innen bzw. Moderator*innen für ein eigenes
160 Bildungsteam der Münchner Grünen können diese Ansprüche gewährleistet und durch
161 laufende Evaluation auch nachgesteuert und angepasst werden. Dadurch wird das
162 Empowerment benachteiligter Personengruppen, die Auseinandersetzung mit
163 Diskriminierungserfahrungen und die Reflektion der eigenen Rolle in diesen
164 Verhältnissen im Allgemeinen und als Akteur*in in der politischen Bildung im
165 Konkreten als Querschnittsaufgabe in der politischen Bildungsarbeit verankert.
166 Auf dieser Grundlage können vielfältige und den verschiedenen Zugängen und
167 Bedürfnissen angepasste Veranstaltungsformate konzipiert und angeboten werden –
168 von klassischen Diskussionsveranstaltungen über digitale Workshops,
169 Stadtrundgänge oder Lesekreise bis hin zu großen Diskussions- oder
170 Fachkonferenzen. Dabei müssen nicht nur die Veranstaltungsformate selbst,
171 sondern auch die darin eingesetzten Methoden vielfältig, inklusiv und empowernd
172 sein: ob Vortrag oder gemeinsamer Filmabend, Visualisierung von gemeinsamen
173 Diskussionen oder angeleitetes Selbststudium, Quiz oder Kleingruppenarbeit; die
174 Methoden müssen zielgruppengerecht und dem Inhalt angemessen sein und sollen
175 trotzdem Spaß und Freude am Lernen vermitteln. Solch ausdifferenzierte
176 Bildungsangebote sind nicht nur zur Realisierung der politischen Ansprüche,
177 sondern auch zur Steigerung der Attraktivität im Vergleich zu konkurrierenden
178 Bildungsveranstaltungen sinnvoll.

179 Ziel ist es, sowohl bei der Qualifikation von Moderator*innen bzw.
180 Referent*innen durch eine modularisierte Ausbildungsreihe als auch bei der
181 Konzeption von Bildungsformaten (Vielfalt analoger wie digitaler Formate) eine
182 zeitgemäße, inklusive und kritische politische Bildungsarbeit zu ermöglichen.
183 Die politische Bildungsarbeit steht nicht außerhalb der gesellschaftlichen
184 Verhältnisse, kann aber in der eigenen Praxis Experimentierraum für progressive
185 Lösungsansätze sein.

186 Die Gestaltung der Lernumgebung und Bildungsangebote soll dann in den Seminaren
187 selbst wiederum aufgegriffen werden und zum Lernerfolg beitragen. Politische
188 Bildungsarbeit lebt davon, dass sich die Teilnehmer*innen darauf einlassen, die
189 Perspektiven der anderen Teilnehmer*innen wahrzunehmen, zu reflektieren und in
190 ihre Meinungsbildung und Urteilsfindung einzubeziehen. Erst in der
191 Auseinandersetzung mit Anderen und ihren Perspektiven und Erfahrungen werden in
192 Bildungsveranstaltungen Konzepte wie demokratische Meinungsbildung und
193 Entscheidungs- bzw. Kompromissfindung greif- und nachvollziehbar und als
194 demokratische Praxis eingeübt. Gleichzeitig wird die Pluralität der Gesellschaft
195 sicht- und diskutierbar. Demokratielernen wird so zum impliziten Gegenstand
196 jeder Bildungsveranstaltung und gleichzeitig werden die oben angesprochenen
197 Kompetenzen in diesen Auseinandersetzungen mit neuen Perspektiven und

198 Erfahrungen anderer eingeübt.

199

4. Bildungsplanung im Kreisverband

200 Die Ausgestaltung des Bildungsangebots soll dabei möglichst partizipativ sein,
201 um einerseits den Anspruch auf basisdemokratische Mitsprache zu gewährleisten
202 und andererseits möglichst nah an den Bedarfen der Zielgruppe zu sein. Hierzu
203 braucht es einen systematisierten Bildungsplanungsprozess, der unterschiedlichen
204 Parteistrukturen und auch den einzelnen Mitgliedern Beteiligung ermöglicht.
205 Gleichzeitig wird durch eine langfristige Bildungsplanung auch die individuelle
206 Planbarkeit für die Beteiligung an politischer Bildung erhöht. Gerade Menschen,
207 die durch Mehrfachbelastung schwerlich spontan Veranstaltungen besuchen können,
208 erhalten dadurch Planungssicherheit und Beteiligungsmöglichkeiten. Eine
209 Ergänzung der langfristigen Bildungsplanung durch kurzfristige, anlassbezogene
210 Angebote steht dazu nicht im Widerspruch, sondern ist vielmehr auf Grund des
211 politischen Tagesgeschäfts mit seinen schnell wechselnden Relevanzen zwingend
212 notwendig. Darüber hinaus sollen Schulungen insbesondere zu Grundlagenthemen
213 oder -qualifikationen als buchbare Angebote verfügbar sein. Die
214 Bildungsangebote, die in diesem Prozess erarbeitet werden, ersetzen nicht die
215 bisherigen Veranstaltungen in den OV- und AK-Strukturen, sondern ergänzen diese.

216 Mindestens jährlich erscheint ein Bildungsprogramm der Grünen München, das alle
217 langfristig geplanten Bildungsangebote umfasst und eine frühzeitige individuelle
218 oder kollektive Bildungsplanung ermöglicht. Durch eine gemeinsame
219 Bildungsplanung werden auch Terminüberschneidungen bei den Bildungsangeboten,
220 soweit möglich, vermieden. Damit das Bildungsprogramm rechtzeitig erscheinen
221 kann, muss die Bedarfsabfrage/-meldung zur Mitte des Vorjahres abgeschlossen
222 sein und darauf aufbauend die Veranstaltungen/Angebote geplant werden. Um die
223 Bedarfe umfassend abzufragen, werden folgende Schnittstellen zur Bedarfsmeldung
224 eingerichtet:

- 225 • Bedarfe für Schulungsangebote für BA-Mitglieder werden einmal jährlich in
226 einer digitalen Abfrage erhoben
- 227 • Bedarfe für Schulungsangebote für OV- oder AK-Sprecher*innen werden einmal
228 jährlich durch eine digitale Abfrage erhoben
- 229 • Bedarfe aus der Mitgliedschaft/bisheriger Teilnehmer*innen werden
230 einerseits durch eine entsprechende Abfrage in der kontinuierlichen

231 Evaluation jeder Bildungsveranstaltung erhoben und andererseits die
232 Möglichkeit der individuellen Bedarfsmeldung an den*die
233 Bildungsreferent*in kommuniziert

234 • Angebote und Bedarfe aus den Bereichen Frauenförderung und Gender
235 Diversity werden zwischen den jeweiligen Referent*innen koordiniert und
236 abgesprochen

237 • Strategische Themensetzung und ergänzende Bildungsangebote werden in
238 Absprache mit dem Vorstand bestimmt

239 Die so erhobenen Bedarfe werden gesammelt, ausgewertet und ein Bildungsprogramm
240 konzipiert. Dieses wird als Vorschlag in einer Sitzung des
241 Kreisverbandvorstandes diskutiert, angepasst und anschließend beschlossen.

242

5. Evaluation der Bildungsarbeit

243 Zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit bei
244 den Münchner Grünen ist eine kontinuierliche Evaluation der
245 Bildungsveranstaltungen sinnvoll. Die Evaluation ist dabei auch
246 Partizipationsmöglichkeit für die Teilnehmer*innen, die so Einfluss auf die
247 zukünftige Ausgestaltung des Bildungsangebotes nehmen können. Gleichzeitig ist
248 sie Feedbackinstrument für den*die Bildungsreferent*in sowie die Referent*innen
249 und Moderator*innen.

250 Um die Eingabe und Auswertung der Evaluation möglichst umweltschonend und
251 zeitsparend zu gestalten, ist eine digitale Evaluation sinnvoll. Hierbei soll in
252 einem standardisierten Fragebogen die Zufriedenheit mit der
253 Bildungsveranstaltung in verschiedenen Dimensionen (Raum & Technik,
254 Referent*in/Moderator*in und Teilnehmer*innenstruktur, Didaktik und Methoden,
255 Inhalt sowie eigene Rückmeldung über freie Kommentarfelder) abgefragt werden.
256 Durch die kontinuierliche Auswertung werden aussagekräftige Daten über die
257 Bildungsveranstaltungen generiert, die eine weitergehende Steuerung und
258 regelmäßige Verbesserungen erlauben. Veränderungen, Neuerungen und die
259 regelmäßige Anpassung an Teilnehmer*innenwünsche ist eine erwünschte
260 Fortentwicklung in der politischen Erwachsenenbildung.

261 Die Evaluation wird jährlich in einer Vorstandssitzung gemeinsam mit Daten über

262 geplante und durchgeführte Veranstaltungen und die Teilnehmer*innenanzahl
263 vorgestellt und ausgewertet. Anhand dieser regelmäßigen Übersicht kann eine
264 politische Steuerung der künftigen Bildungsarbeit erfolgen und gegebenenfalls
265 Prozesse zur Nachjustierung in der Bildungsarbeit eingeleitet oder
266 Veränderungsbedarf im Bildungskonzept identifiziert werden.

267

6. Zusammenarbeit Ehrenamt und Stadtbüro

268 Die politische Bildung bei den Münchner Grünen ist und bleibt Aufgabe der
269 gesamten Mitgliedschaft. Die Mitarbeiter*innen im Stadtbüro und insbesondere
270 der*die Bildungsreferent*in unterstützen die Mitglieder bei der Planung,
271 Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten.
272 Die Unterstützung durch das Hauptamt ersetzt aber nicht die eigenständige
273 Aktivität der Mitglieder. Wie aus der obigen Konzeption hervorgeht, ist die
274 Befähigung und das Empowerment der Mitglieder wesentliches Ziel der politischen
275 Bildungsarbeit bei den Münchner Grünen. Die Mitarbeiter*innen des Stadtbüros
276 beteiligen sich insbesondere durch die Übernahme organisatorischer und
277 struktureller Aufgaben und geben dadurch den Mitgliedern Raum und Zeit für
278 inhaltliche Auseinandersetzung. Gleichzeitig soll insbesondere die
279 Ausbildungsreihe zu Moderator*innen oder Referent*innen eine aktive Mitarbeit
280 für Ehrenamtliche ermöglichen. Bei der Auswahl der Bewerber*innen für die
281 Trainer*innen-Ausbildung wird auf eine diverse Zusammensetzung unter Wahrung
282 fachlicher Ansprüche geachtet. Durch die Einführung eines Bildungsteams stehen
283 dem*der Bildungsreferent*in kompetente Aktive zur Seite und gestalten die
284 Bildungsarbeit mit. Die Trainer*innen können über den*die Bildungsreferent*in
285 für Ortsverbände und Arbeitskreise, die Unterstützung bei der Planung und
286 Durchführung von Veranstaltungen brauchen, angefragt werden. Dies entlastet die
287 Parteigliederungen, weil sie auf kompetente Moderator*innen und Referent*innen
288 Zugriff bekommen und fertige Veranstaltungskonzepte für Grundlagenthemen
289 verfügbar sind. Durch den Aufbau eines Moderator*innen- und Referent*innenpools
290 wird nicht nur ein wesentlicher Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen und
291 vielfältigen politischen Bildung in der Breite geleistet, sondern auch die
292 Aktiven individuell weiterqualifiziert und so auf die Übernahme
293 verantwortungsvoller Aufgaben, Ämter und Mandate vorbereitet.

294 [\[1\]](#) PartG §1 Abs. 2.

295 [\[2\]](#) Negt, O. (2016), S. 10. Versuch einer Ortsbestimmung der politischen
296 Bildung. In K.-P. Hufer & D. Lange, *Handbuch politische Erwachsenenbildung*. (S.

297 10-22). Schwalbach: Wochenschau Verlag.

298 [\[3\]](#) Kant I. (1784), S. 481. Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In:
299 Berlinische Monatsschrift, Dezember 1784, 481-494.

300 [\[4\]](#) Vgl. Overwien, B. (2016). Bildungspolitische Trends - Kompetenzorientierung
301 - Inklusion. In K.-P. Hufer, & D. Lange, *Handbuch politische Erwachsenenbildung*
302 (S. 91-98). Schwalbach: Wochenschau Verlag.

303 [\[5\]](#) Vgl. Hufer, K.-P. (2016), S. 16f. *Politische Erwachsenenbildung*. Bonn: W.
304 Bertelsmann Verlag.

305 [\[6\]](#) Bildnachweis: Siebert, H. (2016), S. 337. Lernvoraussetzungen. In K.-P.
306 Hufer, & D. Lange, *Handbuch politische Erwachsenenbildung* (S. 335-344).
307 Schwalbach: Wochenschau Verlag.

Begründung

Eine gelayoutete Version mit allen Grafiken findet ihr hier: [Bildungskonzept](#)

In das Bildungskonzept sind viele Anregungen der Basis, insbesondere aus dem Basisworkshop "Bildung" eingeflossen.

Politische Bildung ist Teil der politischen Willensbildung, die die Parteien nach dem Parteiengesetz leisten sollen. Politische Bildung vermittelt dabei Orientierung in komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen und bietet Raum für demokratische Debatte. Politische Bildung ermöglicht die Einübung demokratischer Partizipation, Empowerment für das eigene Engagement und ist Raum, um über das Bestehende hinauszudenken. Gerade in einer progressiven, demokratischen Partei wie den Münchner Grünen ist politische Bildung Kerngeschäft, weil sie die Menschen befähigt, selbst aktiv zu werden und die Gesellschaft mitzugestalten - nachhaltig, inklusiv und solidarisch.

Durch das starke Mitgliederwachstum der letzten Jahre muss die Bildungsarbeit professionalisiert werden, um die gewachsenen Bedarfe bewältigen zu können und der Vielfalt an Themen gerecht zu werden. Das Bildungskonzept, das Zuständigkeiten und Angebote klar und transparent darstellt und trotzdem Flexibilität und auch weiteres Wachstum ermöglicht, soll hierbei ein stabiles Fundament für die weitere Bildungsarbeit im Kreisverband sein. Vor allem ist es eine Einladung an alle Münchner Grünen, sich (weiterhin!) mit dem eigenen Wissen und den eigenen Fähigkeiten einzubringen und am Wissen und den Fähigkeiten anderer zu wachsen. Nur im respektvollen Austausch miteinander können wir die Lösungen für die zukünftigen Herausforderungen finden und uns selbst und die Partei dafür fit machen und dazu soll die politische Bildungsarbeit beitragen. Das Bildungskonzept fixiert die wesentlichen Prozesse und Zuständigkeiten und ermöglicht damit vielfältige, qualitativ hochwertige und an den Bedarfen und Interessen der Mitglieder ausgerichtete Bildungsarbeit!

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Stadtvorstand, AK Queer (dort beschlossen am: 08.03.2021)

Titel: **Stärkung von Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit
für LGBTIQ*-Menschen in München**

Antragstext

1 **Unterstützung des Projekts „Inklusive Regenbogenflagge auf der Theresienwiese“**
2 **und temporärer Einfärbung von Zebrastreifen in Regenbogenfarben in der Münchner**
3 **Pride-Week.**

4 Die Stärkung queeren Lebens ist Grüne DNA. Schwule, Lesben, Bisexuelle, trans*
5 und inter* Personen und all die nicht-binäre und nicht-heteronormative Vielfalt,
6 die sich im Begriff „Queer“ zusammenfindet, braucht unsere Rückenstärkung!

7 Die Diskriminierung von queeren Menschen macht sich in vielen Bereichen
8 bemerkbar, auch in unserer liberalen und bunten Landeshauptstadt. Denn viele
9 Themen werden nicht auf kommunaler Ebene geregelt. Was eigentlich sinnvoll ist,
10 ist im konservativ regierten Bayern ein Nachteil. Queerfeindlichkeit zum
11 Beispiel, egal ob psychisch und physisch, wird von der Polizei nicht als solche
12 erfasst und kann damit auch nicht gesondert betrachtet werden. Maßnahmen im
13 Bildungsbereich zur Akzeptanzförderung von Vielfalt sind ebenso vom Freistaat
14 abhängig.

15 In der lange rot-grün-rosa und nun grün-rosa-rot-violett regierten
16 Landeshauptstadt hat sich durch ernsthaften politischen Willen und
17 zivilgesellschaftliches Engagement eine vorbildliche Infrastruktur für Beratung
18 und Unterstützung von LGBTIQ*-Menschen gebildet. Diese wird hervorragend

19 gefördert. Und dennoch sind all die Einrichtungen, die sich etabliert haben, für
20 zum Beispiel Lesben, Schwule, queere Jugendliche, trans* und inter* Personen
21 oder LGBTIQ*-Geflüchtete von Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit abhängig, auch
22 finanziell. Die größte Plattform für Sichtbarkeit und zur eigenen Bewerbung, der
23 CSD, ist 2020 coronabedingt ausgefallen. Auch die großen queeren Straßenfeste im
24 Glockenbachviertel, auf denen sich die Einrichtungen präsentieren können, fanden
25 nicht statt. Aktuell müssen wir davon ausgehen, dass CSD und Straßenfeste auch
26 2021 nicht oder nur stark eingeschränkt stattfinden werden. Sichtbarkeit im
27 Öffentlichen Raum muss daher hohe Priorität haben.

28 Und während wir in München gerne viel und bunt feiern und Akzeptanz leben,
29 fürchtet Europa bei jeder Wahl nach wie vor einen politischen Rechtsruck, der
30 diese Selbstverständlichkeit ernsthaft gefährdet. Auch weltweit sind viele
31 Länder meilenweit von einer Akzeptanz von LGBTIQ* entfernt, wie wir sie kennen -
32 gesellschaftlich und juristisch.

33 München, die Weltstadt mit Herz, sollte daher ein unübersehbares Signal in die
34 Welt senden: Queeres Leben ist wertvoll, schützenswert und in München jederzeit
35 willkommen!

36 **Die Stadtversammlung beauftragt daher den Kreisverband und seine**
37 **Mandatsträger*innen mit der aktiven Unterstützung des Antrags der Grün-Rosa-**
38 **Fraktion im Bezirksausschuss 2 mit dem Ziel, eine überdimensionale trans*- und**
39 **BPoC-inklusive Regenbogenflagge („Progress Rainbowflag“) auf der Theresienwiese**
40 **zu markieren. Die Mitglieder setzen sich dafür ein, dass ein mindestens 30x100m**
41 **großer Bereich zur Verfügung gestellt wird, auf dem dauerhaft, wetterfest und**
42 **robust gegen Vandalismus das internationale Symbol für Vielfalt ausgestellt**
43 **wird.**

44 **Darüberhinaus unterstützen der Kreisverband und seine Mandatsträger*innen das**
45 **Anliegen, jedes Jahr in der Münchner Pride-Week in jedem Stadtbezirk mindestens**
46 **einen Zebrastreifen in Regenbogenfarben zu markieren, um Sichtbarkeit auch**
47 **außerhalb des Stadtzentrums zu erzielen.**

Begründung

Aufmerksamkeit erzielt man mit Projekten dort, wo diese nicht erwartet werden. Außerhalb des Glockenbachviertels liegend ist die Theresienwiese als Ausstellungsort ein geografisch zentrales und unübersehbares Zeichen an Millionen Besucher*innen unterschiedlichster Veranstaltungen und des größten Volksfests der Welt: München ist und bleibt bunt und vielfältig!

Und wir senden dieses Signal als Auftrag und Zeichen der Unterstützung in die Welt!

Internationale Aufmerksamkeit lässt sich zum einen durch Größe, zum anderen durch einen prominenten Ort generieren. Hier kommen beide Faktoren zusammen.

Auf Stadtebene fordern wir queere Sichtbarkeit in allen Bezirken zur Pride Week Mitte Juli und geben vor Ort Anlass für Aufklärung und Diskussion.

Finanzierung:

Die Kosten für das Projekt Theresienwiese könnten angesichts der angespannten finanziellen Lage Münchens auch alternativ gedeckt werden. Durch Förderung, durch Spenden, durch den „Kauf“ von oder Patenschaft für einzelne Quadratmeter des Kunstwerks. Bei der Umsetzung sollten alle queeren Vereine und Einrichtungen eingebunden werden und idealerweise von der Umsetzung auch finanziell profitieren, um ihre Wirkungsmöglichkeiten auch in Pandemie uneingeschränkt aufrecht erhalten zu können.

Die Einfärbung von Zebrastreifen sollte die Stadt übernehmen, wobei auch hier Co-Finanzierung durch Patenschaften, z.B. durch Bezirksausschüsse oder lokale Wirtschaft, möglich ist.

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: OV Neuhausen-Nymphenburg (beschlossen am: 27.01.2021)

Titel: **Positionspapier Bebauungsplan 2147 -
Paketpost-Areal**

Antragstext

1 Das Areal an der Paketposthalle in Neuhausen-Nymphenburg erhält seit der
2 Vorstellung der Planungen des Investors nicht nur seitens der städtischen
3 Verwaltung (bspw. durch das bevorstehende Bürgergutachten) sondern auch in der
4 Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Es ist eines der größeren
5 innerstädtischen Entwicklungsgebiete Münchens, das jedoch komplett in privater
6 Hand ist.

7 Die öffentliche Diskussion konzentriert sich weitestgehend auf die Frage der
8 geplanten Hochhäuser, doch die Gestaltung des Areals wirft noch viel mehr
9 spannende und zukunftsweisende Fragen auf. Die Nutzung der Halle, deren Fläche
10 ca. viermal so groß ist wie der Marienplatz, kann weit über das neue Viertel
11 hinaus Wirkung entfalten und sollte für die Stadtgesellschaft nicht nur monetär
12 gewinnbringend entwickelt werden. Die Planung des neuen Quartiers wünschen wir
13 uns auch unter Aspekten des Verkehrs, der Gestaltung der Freiflächen und der
14 Wohn- und Gewerbeeinheiten sowie unter bautechnischen Gesichtspunkten innovativ
15 und zukunftsweisend.

16 Um frühzeitig auf die vielen Aspekte des Planungsprozesses Einfluß nehmen und in
17 einen konstruktiven Dialog mit dem Investor und der (interessierten)
18 Öffentlichkeit treten zu können, hat der OV Neuhausen-Nymphenburg ein
19 Positionspapier entwickelt. Mit diesem Antrag wollen wir alle Münchner Grünen,

20 in den OV's, in den Fraktionen der verschiedenen (v.a. kommunalen) Gremien
21 einladen, eine gemeinsame konsistente Position zu diesem wichtigen Projekt,
22 einem nachhaltigen Stück Stadt im 21. Jahrhundert, zu beziehen.

23 Das Positionspapier findest Du hier im Folgenden oder als layoutete PDF-Version
24 unter [OV-NeuNy-Positionspapier in der Grünen Wolke](#).

25 **Bebauungsplan 2147 – Positionspapier**

26 *Erarbeitet zwischen November 2020 und Januar 2021 von der AG*
27 *Paketposthalle des OV Neuhausen-Nymphenburg im KV München von Bündnis*
28 *90/Die Grünen. Beschlossen am 27.01.2021 in der turnusgemäßen OV-Sitzung.*

29 **Vorwort**

30 Dieses Dokument stellt die Position des Ortsvereins (OV) Neuhausen-Nymphenburg
31 im Kreisverband München von Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Projekt dar. Die
32 Kapitel basieren auf den Themen des OV aus dem Wahlprogramm zur
33 Bezirksausschusswahl 2020 und wurden um den Aspekt der Beteiligung der
34 Bürger*innen im Projektprozess ergänzt.

35 **Kapitel 1: Klima und Artenschutz**

36 Das neue Baugebiet an der Paketposthalle hat die Chance eines der Münchner
37 Vorzeigeprojekte hinsichtlich Klimaanpassung und Biodiversität zu werden. Der
38 Klimawandel lässt die Temperaturen in den Städten steigen, sorgt gleichzeitig
39 für Trockenheit und häufigere Starkregenereignisse.

40 Hierfür ist es unabdinglich, dass Regenwasser in den Grünflächen und auf den
41 Dächern nicht nur schnell in den Boden versickert kann, sondern auch gespeichert
42 wird, um die Vegetation auf den Dächern, an den Fassaden und in den Höfen zu
43 bewässern. Pflanzen können durch die Verdunstung das gesamte Quartier abkühlen.
44 Um dies zu erreichen, muss das Quartier möglichst viel Wasser aufnehmen können.

45 So sollen die Substratstärken auf den Dächern erhöht werden, schon wenige
46 Zentimeter Wasseranstau auf den Dächern kann viel bewirken. Versickerung kann in
47 bepflanzten Bodenmulden erfolgen, Regenwasser kann in Wasserflächen in den Höfen
48 gespeichert werden. Die Versiegelung im Quartier ist auf das absolut notwendige
49 Mindestmaß zu beschränken, Beläge sollen möglichst wasserdurchlässig sein. Die
50 Überdeckung auf den Tiefgaragen sollte von den bisher in der

51 Freiflächengestaltungssatzung festgesetzten 60cm auf mindestens 80cm, für Bäume
52 eher 100 – 120cm erhöht werden. Für eine aktive Abkühlung der Fassaden haben
53 sich Fassadenbegrünungen bewährt, ein Mindestmaß an begrünten Fassaden soll
54 analog der Vorgaben des RGU für städtische Bauten angestrebt werden. Pkw-
55 Stellplätze sollten in den Freiflächen möglichst vollständig vermieden werden.
56 Anstelle von ausufernden Feuerwehr- Aufstellflächen können die 2. Rettungswege
57 durch intelligente Konzepte innerhalb der Gebäude gelöst werden.

58 Um eine gute Durchlüftung der Quartiere zu erreichen, sollten die Wohnblöcke
59 teilweise, vor allem in Richtung Westen, geöffnet werden. Zur Verminderung der
60 Aufheizung sollen möglichst helle und wenig Wärmespeichernde Materialien
61 verwendet werden. Glasfassaden werden hinsichtlich Aufheizung und Vogelschlag
62 sehr kritisch gesehen. Zur Vermeidung von Windverwirbelungen sind die Standorte
63 der Hochhäuser sehr genau zu untersuchen, die Vorplätze sollten möglichst
64 intensiv mit Bäumen bepflanzt werden. Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter und
65 Fledermäuse sollen in den Planungen der Häuser mitberücksichtigt werden.

66 Zur Stärkung und Biodiversität im neuen Stadtquartier muss die Artenvielfalt an
67 Blütenstauden und Kräutern auf den Dächern (Biodiversitätsdächer), in den
68 Pflanzflächen und den Grünstreifen entlang der Straßen deutlich erhöht werden.
69 Keine lebensfeindlichen Monokulturen von Gräsern oder Bodendeckern. Im neuen
70 Viertel sollen so viele Bäume wie sinnvoll möglich gepflanzt werden und so eine
71 Verschattung der Freiflächen und Reinigung der Luft - in einer möglichst großen
72 Diversifizierung in der Artenauswahl - sicherstellen. Freiflächen für Schulen
73 und Kindergärten sollen möglichst naturnah angelegt werden. Quartiersgärten,
74 Flächen für Urban Gardening, auch auf den Dächern, und Obsthaine in den
75 Innenhöfen versorgen die AnwohnerInnen ortsnah mit Obst und Gemüse und schaffen
76 gleichzeitig Lebensraum für die heimische Fauna.

77 Mehr Grün im Viertel schafft nicht nur Klimaschutz, sondern sorgt nachweislich
78 für eine größere Zufriedenheit.

79 **Kapitel 2: Materialverwendung**

80 Für das gesamte Projekt „Paketposthalle“ wäre eine Zertifizierung der
81 Nachhaltigkeit wünschenswert, z.B. durch die Deutsche Gesellschaft für
82 Nachhaltiges Bauen (DGNB). Zumindest die Zertifizierungskriterien der DGNB für
83 innerstädtische Quartiere sollten Leitlinien für Planung und Bau bilden. Das
84 gilt auch für die zu verwendenden Materialien.

85 Anstrebenswert ist eine weitgehende Orientierung an Cradle2Cradle-Prinzipien,
86 d.h. die Gebäudestrukturen sollten so ausgelegt sein, dass sie Kostenrechnungen

87 nicht nur für den Bau anstellen, sondern Lebensdauer und Klimafreundlichkeit mit
88 einbeziehen.

89 Es sollte eine Mischbauweise mit einem möglichst niedrigen Betonverbrauch
90 angestrebt werden. Wo er unerlässlich ist, an tragenden Teilen, sollte Low
91 Carbon-Zement eingesetzt werden.

92 Daneben sollten möglichst viel Nachwachsende, regionale, natürliche, nicht
93 erdölbasierte Rohstoffe verbaut werden, für den Gebäudekorpus, aber auch bei
94 Ausbau, Dämmung und Abdichtung.

95 Neben einem möglichst niedrigen CO₂-Ausstoß geht es auch um eine gute,
96 schadstofffreie Innenatmosphäre der Gebäude.

97 Zur allgemein anstrebenswerten Rezyklierbarkeit gehört, möglichst sortenreine,
98 langlebige Baustoffe zu verwenden und keine Mischprodukte wie z.B. WPC-Dielen.
99 Möglichst wenig verklebte Konstruktionen, sondern wieder sortenrein trennbare
100 Verbindung dienen dem gleichen Zweck.

101 Eine möglichst variable Bauweise mit flexiblen Innenwänden soll zukünftige
102 Anpassungen und Nutzungsänderungen ohne größere Eingriffe in die Bausubstanz
103 erlauben.

104 Die Führung eines Materialpasses und die Planung/ Konstruktion mit Building
105 Information Modelling (BIM) hilft die aufgeführten Prinzipien bei Planung, Bau,
106 Erhalt und Abriss zu optimieren.

107 Grundsätzlich geht es dabei zunächst schon um eine ressourcenschonende, Müll
108 vermeidende Bauweise. Bereits bei Abbruch der Bestandsgebäude sollte viel
109 Material wiederverwendet im Sinne des "Urban Mining".

110 **Kapitel 3: Energie**

111 Wir leben in Zeiten des Klimanotstandes. Dabei ist Energieverbrauch ein
112 entscheidender Einflussfaktor der globalen Erwärmung. Nun ist Energie kein
113 originäres Feld der Bebauungsplanung. Dennoch sollte die Landeshauptstadt durch
114 eine entsprechende Gestaltungssatzung Einfluss nehmen auf die Ausgestaltung
115 dieses klimakritischen Aspektes.

116 Gebäude und Verkehre sind von Beginn an so zu konzipieren, dass Energie
117 eingespart wird und ein klimaneutrales Stück Stadt entsteht. Ein so vielfältiges

118 Quartier bietet die Chance ein kluges Energie-Netzwerk zu bilden. Gebäude können
119 Energielieferanten sein. Insbesondere die möglichen Hochhäuser sollten durch
120 entsprechende Fassadengestaltung einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten
121 („Plusenergie-Hochhaus“). Doch auch die Dächer der Wohnhäuser und der
122 Paketposthalle sind energetisch aktivierbare Flächen. Dabei ist die
123 Verschattungsproblematik durch die Hochpunkte im Hinblick auf Systeme der
124 Solarenergie, insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten zu berücksichtigen
125 und komplementäre Systeme vorzusehen.

126 Den Forderungen des Bezirksausschuss 9 aus dem Jahr 2019 sowie der *Architects*
127 *for Future* vom November 2020 unterstützen wir und fordern die weitere
128 Berücksichtigung in der Bebauungsplanung.

129 **Kapitel 4: Verkehr**

130 Im Gebiet der PPH sollen 3.000 Arbeitsplätze und 1.200 Wohnungen sowie
131 kulturelle Nutzungen entstehen. Damit bewegen sich dort an Werktagen rund 5.400
132 Menschen auf einer relativen kleinen Fläche, wobei hier die Nutzer der
133 Einzelhandelsflächen nicht mitgerechnet sind. Der Standort ist gut mit dem
134 öffentlichen Nahverkehr erschlossen. Haupttrouten des Radverkehrs tangieren das
135 Gebiet nördlich und südlich.

136 Die Bebauungsplanung muss unsere im Wahlprogramm und dem Koalitionsvertrag
137 geforderten und beschlossenen Ideen der Verkehrswende wiedergeben. Die
138 visualisierte Idee der weitgehend von motorisiertem Individualverkehr befreiten
139 Bebauung begrüßen wir, wobei wir fordern, in einem autobefreiten Quartier Raum
140 für Spiel, Sport und Begegnung zu schaffen. Dafür bedarf es jedoch einer
141 detaillierten Prüfung der verschiedenen Nutzungen im Gebiet:

- 142 • Das Gebiet kann nachhaltig, ökologisch und klimagerecht nur durch den ÖV
143 erschlossen werden. S-Bahn im Süden und Tram im Norden sowie der Bus sind
144 hier in das erforderliche Verkehrsgutachten einzubeziehen und bzgl. ihrer
145 Stärkung näher zu untersuchen. Ein direkter Steg vom S-Bahnhof zum
146 Quartier ist dazu ein wichtiger Beitrag.

- 147 • Die Nutzung der Halle und die „normale“ Nutzung von Büro- und Wohnflächen
148 führt zu einer hohen Bedeutung des Radverkehrs. In der aktuellen Planung
149 sind dazu keine Hinweise zu finden, insbesondere keine Stellplatzkonzepte.
150 Die Flächen dafür sind in der Bebauungsplanung ebenso zu sichern, wie
151 Radquerverbindungen bspw. vom südlichen Ost-West-Radschnellweg nach Norden
152 zur Arnulfstraße und Richtung Rotkreuzplatz.

- 153 • Die Erdgeschossbereiche sollten kleinteilig und vielfältig genutzt werden,
154 wobei sie sich am Bedarf für das Quartier orientieren sollten. Der mit
155 Einzelhandelsflächen verbundene Lieferverkehr sollte über Tiefgaragen und
156 nicht an der Oberfläche abgewickelt werden.
- 157 • Eine weitgehende Reduzierung von der Stellplatzverpflichtung erscheint uns
158 im gut erschlossenen Innenstadtbereich besonders sinnvoll. Für den
159 zwingend notwendigen Bedarf an Stellplätzen für Wohnen und Gewerbe sollte
160 entsprechend der kommunalen Satzung eine Quartiersgarage errichtet werden,
161 ggf. auch mit flexibel nutzbaren Stellplätzen je nach Bedarfen ihrer
162 Nutzer.
- 163 • Die ökologischen Auswirkungen auf natürliche Versickerung, tatsächlich
164 mögliche Vegetation und die Situation z.B. Extremwetter, z.B. Starkregen
165 sind vorab zu untersuchen. Reduktionen der Stellplatzverpflichtungen sind,
166 insbesondere durch die o.g. Maßnahmen für ÖV und Radverkehr wie durch eine
167 weitgehende Befreiung von der Stellplatzverpflichtung v.a. für Projekte
168 des autofreien Wohnens unbedingt umzusetzen.

169 Daher halten wir die Idee eines Verkehrsgutachten mit variantenbasierten
170 Simulationen unter Einbezug überbezirklicher Auswirkungen für zwingend
171 erforderlich. Es sollte darauf ausgerichtet sein, vor allem (CO₂-emittierende)
172 motorisierte Individualverkehre zu vermeiden, Lieferverkehre intelligent zu
173 organisieren und eine kompakte Stellplatzlösung mit reduzierter Stellplatzzahl
174 für die Hauptnutzungen Wohnen, Büro und Einzelhandel zu finden. Dazu sind bei
175 der Aufstellung des Bebauungsplans sämtliche rechtliche Möglichkeiten
176 auszuschöpfen, ggf. auch durch die Änderung bestehender kommunaler Satzungen.

177 **Kapitel 5: Paketposthalle**

178 Die Sanierung und Öffnung der Paketposthalle für die Bevölkerung ist zu
179 begrüßen. Das einst größte Tonnengewölbe Europas ist ein beeindruckendes
180 Denkmal. Als 18.000qm großer, überdachter öffentlicher Raum wird sie einen
181 großen Gewinn für das neue Quartier. Der Investor wünscht einen belebten Raum
182 mit Kulturnutzungen im Untergeschoss. Die öffentliche Zugänglichkeit und eine
183 weitgehend nicht-kommerzielle oder kulturwirtschaftliche Nutzung sind sicher zu
184 stellen. Dies beinhaltet auch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur
185 (WCs, Strom, Sicherheit etc.).

186 Die große leere Fläche bedeutet Luxus und einen breiten Horizont möglicher
187 Aneignungsformen. Um diese Aneignung lebendig zu gestalten, muss das
188 Gesamtkonzept von der Stadt München unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger

189 und des benachbarten Backstage entwickelt werden. Die Nutzungen der Halle sind
190 generationen- und sozialgerecht abzuwägen und die Trägerschaft, z.B. durch einen
191 Kulturverein, rechtsverbindlich zu klären.

192 Die Halle muss als Knotenpunkt des Quartiers fungieren. Daher braucht es neben
193 wechselnden Events auch permanente Angebote, die Publikum anziehen und die große
194 Fläche strukturieren:

- 195 • Gastronomische Angebote wie ein Foodcourt, Foodtrucks, rollende
196 Espressobars, Wochenmärkte
- 197 • Flohmärkte, Designmärkte, Kunsthandwerk, Verkostungen, Reparaturcafé
- 198 • Sportmöglichkeiten (z.B. Basket-/Volleyball, Tischtennis, Bouldern,
199 Parkour)
- 200 • Plätze zum Verweilen auch für ältere Menschen mit Schach, Boule u.ä.
- 201 • Spielbereiche für Kinder

202 Darüber hinaus sollte mit einem evtl. mobilen Amphitheater ein flexibler
203 Veranstaltungsort für Kino, Theater, Musik und Town Hall Meetings geschaffen
204 werden. Feste Einbauten auf der Hallenfläche - in sehr reduzierter Kubatur -
205 können Struktur und Angebote schaffen.

206 Im Kellergeschoss kann ein Raumgeflecht mit den Schwerpunkten Kunst,
207 Musikproberäume, Tanz, Sport und einem spartenübergreifendem Veranstaltungssaal
208 entstehen. Die Ausgestaltung muss mit dem Backstage auf Synergien statt
209 Konkurrenz setzen. Alle Veranstaltungen sollten in einem für das Quartier
210 bewältigbaren Maßstab abgewickelt werden.

211 Es braucht eine sorgfältige Analyse der akustischen und klimatischen Bedingungen
212 und flexible architektonische Lösungen: von räumlichen und akustischen
213 Abgrenzungen (z.B. bewegliche Pflanzen) über Zonierungen durch Beleuchtung und
214 Bodenmarkierungen, einen geeigneten Bodenbelag bis hin zu mobilen
215 Sitzgelegenheiten. Regenerative Wärmequellen für den ganzjährigen Aufenthalt an
216 wenigen Punkten sind zu prüfen. Eine Vielzahl an Tonröhren kann die
217 Musikgeräusche des Kulturzentrums gezielt an die Oberfläche bringen. Ein weithin
218 sichtbarer gelber Briefkasten erinnert an die vormalige Nutzung. Eine
219 Bodenmarkierung kann auf die damaligen Bahngleise deuten.

220 Ein spannendes Projekt, das eine Bereicherung für die Stadt München werden kann
221 und soll!

222 **Kapitel 6: Wohnen**

223 Wohnraum in München ist ein knappes Gut, insbesondere für Haushalte mit geringem
224 oder mittlerem Einkommen. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist daher eine
225 fundamentale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Hochpreisige Wohnungen sind
226 meist Spekulationsobjekte, die nicht dazu beitragen München urbaner und
227 vielfältiger zu machen.

228 Wir fordern daher die Planungsbeteiligten auf, die Voraussetzungen zu schaffen,
229 ausreichend Wohnraum für diese Bevölkerungsgruppen auf mindestens 50% der final
230 ausgewiesenen Bauflächen des Plangebietes zu schaffen. Das Instrument ist dafür
231 die SoBoN, aber die Umsetzung der formal geltenden Regelungen Stand 2017 sollte
232 dringend übertroffen werden. Es sollten Flächen auch an Genossenschaften
233 vergeben werden, um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, sowie eine
234 möglichst hohe Mietwohnungsquote festgesetzt werden.

235 Die unterschiedlichen geförderten, preisgedämpften und freifinanzierten
236 Wohnungen in Miete oder Eigentum sind idealerweise im Quartier frei zu
237 verteilen. Auch die Hochhäuser sind nicht davon ausgenommen.

238 Die Vielfalt der Wohnbedarfe und Lebensphasen sollte sich in entsprechenden
239 Angeboten widerspiegeln, d.h. individuelle Angebote für Jung und Alt oder
240 gemeinschaftlich für Großfamilien, Mehrgenerationenprojekte, als Cluster-Wohnen
241 sowie durch Sharing-Modelle für ergänzendes Kurzzeit-Wohnen, Repair-Cafés,
242 Mobilität, o.ä. Atelierwohnungen oder Wohnungen mit Co-Working-Räumen
243 unterstützen den Kunst-/Kultur-Schwerpunkt im Quartier.

244 Die geplanten Blockstrukturen sind ein sehr starkes strukturelles Element, das
245 daher einer Auflockerung und Vielfalt in der Ausführung Bedarf. Die Umsetzung
246 der sechs- bis max. achtgeschossigen Wohngebäude sollte v.a. im Holzbau oder
247 hybriden Holzbau erfolgen, idealerweise nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip. Die
248 Innen- und Außenräume können von allen Nutzer*innen Tag und Nacht ohne physische
249 und psychische Barrieren genutzt werden und sollen auch von diesen flexibel mit
250 gestaltbar sein. Der Übergang zwischen den höhenliegenden begrünten Innenhöfen
251 und den autofreien Gassen auf Erdgeschoss-Ebene ist auf seine Barrierefunktion
252 für Nutzer*innen und für ein klimatisch-wirksames Verbundsystem zu überprüfen.

253 Zusätzlich sollte die aktuell mangelhafte bioklimatische Situation durch
254 Fassaden- und Dachbegrünung verbessert werden. Dabei ist auf den Dach- und

255 Hoffflächen ein intelligenter Ausgleich zwischen humanen,
256 gemeinschaftsorientierten Nutzungsansprüchen und den Bedarfen der Natur (v.a.
257 mit Blick auf den Artenschutz von Vögeln und Insekten) eine spannende
258 Planungsaufgabe.

259 **Kapitel 7: Hochhäuser**

260 München ist eine europäische Stadt, die sich durch Kompaktheit, Urbanität und
261 eine besondere Bedeutung von Grünelementen auszeichnet. München ist baulich
262 homogen und soziokulturell divers. Das macht die Attraktivität einer der
263 lebenswertesten Städte der Welt aus.

264 Zeichenhafte Gebäude mit Fernwirkung und die punktuelle Verdichtung von
265 Nutzungen können an sorgfältig ausgewählten Stellen städtebaulich durchaus
266 sinnvoll sein. Dafür braucht es aber ein übergreifendes Konzept, das mögliche
267 Akzentsetzungen in einen Sinnzusammenhang stellt, wie es im Entwurf der
268 Hochhausstudie vorgelegt wurde. Hochhäuser in der geplanten Form, an der Grenze
269 zum Wolkenkratzer, sind bisher kein Element urbaner Entwicklung der bayerischen
270 Landeshauptstadt. Wir Grüne in Neuhausen-Nymphenburg respektieren die
271 Entscheidung der Bürger*innen aus dem Jahr 2006 zur Höhengrenze von 100m. Sollte
272 sie geändert werden, so können das nur die Bürger*innen Münchens selbst. Sie
273 sind der Souverän dieser Stadt und haben hier das alleinige Wort. Das sollte
274 durch einen Ratsentscheid erfolgen.

275 Damit diese Gebäude, egal mit welcher Höhe sie final errichtet werden, keine
276 Büro- / Hotelmonolithe bleiben, ist planungsrechtlich für diese Flächen ein
277 „Urbanes Gebiet“ gem. §6a BauNVO festzusetzen. Eine geschossweise
278 Nutzungsmischung wird damit möglich, mit Nutzungen, die mit ihrer Umgebung
279 korrespondieren. Eine öffentliche Nutzung der Erdgeschoss- und Obergeschosse
280 sind vorzusehen.

281 Die architektonische Umsetzung der Hochpunkte und Wohnquartiere soll nach dem
282 Bürgerbegehren oder -entscheid durch Realisierungs- Wettbewerbe präzisiert
283 werden. Dabei sollte als Anforderung auch eine realistische Visualisierung zur
284 Überprüfung der Sichtachsen gelten sowie eine kritisch-kreative
285 Auseinandersetzung mit den mikroklimatischen Auswirkungen (Verschattungswirkung,
286 Wind) ggf. hoher Gebäude auf die Umgebung. Die Gebäude des aktuellen Masterplan-
287 Entwurf verschatten große Teile der (Wohn-)Bebauung auch angrenzender Viertel
288 mit negativen Konsequenzen für die Hofbelichtung und regenerative
289 Energieerzeugung.

290 Im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs müssen auch Aussagen zur

291 Verkehrsanbindung und -erzeugung der Gebäude erfolgen. Diese sollten
292 idealerweise das beabsichtigte Verkehrsgutachten einbeziehen bzw. teilräumlich
293 präzisieren. Ziel sollte hier sein, die Verkehrswende vorauszudenken und die
294 aktuelle Stellplatzsatzung anzupassen.

295 Es muss der Anspruch der Bebauungs- und Bauplanung sein, modernen Kriterien
296 nachhaltigen Bauens zu entsprechen. Der Klima- und Artenschutz soll hier die
297 Leitlinie sein. Wir haben keinen Planeten B. Klimaneutrale Gebäude sind
298 energieautark und werden rezyklierbar errichtet (**Cradle2Cradle**-Prinzip). Bei
299 Beachtung dieser Aspekte wird der Eingriff minimiert und ein Zeichen gesetzt –
300 ein Münchner Zeichen für Hochhausbau!

301 **Kapitel 8: Kinder, Jugendliche, Senioren und Menschen mit** 302 **Behinderung**

303 Die Stadt gehört allen Bürger*innen, auch jenen, die meist keine Stimme haben
304 und nur selten gehört werden. Dazu gehören vor allem Kinder und Jugendliche.
305 Auch Senioren und Menschen mit Behinderung haben oft keine ausreichende Lobby.
306 Abseits davon sind alle diese Gruppen sehr heterogen, so dass Interessen nicht
307 gebündelt und mit einer Stimme artikuliert werden.

308 Das Areal an der Paketposthalle ist eine Chance zu zeigen, wie der öffentliche
309 Raum inklusiv nach den Prinzipien des *Design for All* gestaltet werden kann. Eine
310 selbstverständliche barrierefreie Gestaltung des autofreien, öffentlichen Raums,
311 die Integration von altersgemäßen Spiel- und Späselementen in die Straßen- und
312 Freiraumgestaltung führt zu einer vielfältig nutzbaren Erlebniswelt.

313 In den grünen Innenhöfen der Wohnblöcke sind gut erreichbare Spielangebote
314 vorzusehen.

315 Durch rund 1.100 neue Wohneinheiten werden auch viele Kinder und Jugendliche
316 hier eine neue Heimat finden. Sie sollten wohnortnah in Kindertageseinrichtungen
317 und Schulen gehen können. Daher fordern wir eine kritische Analyse der Situation
318 der Kita-, Grundschul- und Gymnasialsituation in der Umgebung. Insbesondere der
319 langgezogene Sprengel der Margarethe-Danzi-Schule in Nymphenburg Süd könnte
320 durch eine ein- bis dreizügige Grundschule mit Tagesheim entzerrt werden. Das
321 Käthe-Kollwitz-Gymnasium ist bereits jetzt an seiner Kapazitätsgrenze. Um v.a.
322 die Belegung der Sporthalle in der Trojanstraße zu entzerren, müsste geprüft
323 werden, ob im Plangebiet Platz für eine neue Turnhalle für die Real- und
324 Mittelschulen Neuhausens geschaffen werden könnte.

325 In und um die Halle herum sollten für Kinder, Jugendliche und Senioren

326 niedrigschwellige und barrierefrei zugängliche Freizeit- und Kulturangebot
327 geschaffen werden. Daher ist bereits in der Bebauungsplanungsentwurfsphase mit
328 entsprechenden Trägervereinen und dem Behindertenbeirat der LHM eine Abstimmung
329 durchzuführen. Kinder und Jugendliche aus der Umgebung könnten durch Workshops
330 in die Nutzungsfindung mit einbezogen werden.

331 Den Bau einer Einrichtung für alte Menschen begrüßen wir. Angebote der
332 Altenpflege sollten baulich-sozial so in das Gefüge der Wohnbebauung integriert
333 werden, dass es zu keiner Ghettoisierung der dort lebenden Bewohner kommt.
334 Betreute Wohnformen lassen alle Menschen im Sinne eines Mehrgeneration-Ansatzes
335 das Leben in Würde und mit der größtmöglichen Autonomie zu. Dadurch kann ein
336 lebendiges Quartier entstehen, in dem alle Altersgruppen ihre Räume finden und
337 gemeinsam voneinander profitieren können.

338 **Kapitel 9: Beteiligung - Einbeziehung der Bürgerschaft in** 339 **das Verfahren**

340 Das einzigartige Projekt Paketposthalle erfordert zwingend einen intensiven
341 Einbezug der Bevölkerung über die rein formale Beteiligung im
342 Bebauungsplanverfahren hinaus. Das betrifft besonders die beiden Hochhäuser, da
343 seit einem Bürgerentscheid 2004 die Obergrenze von 100m zwar bisher nicht
344 rechtlich, aber politisch Grundlage aller Entscheidungen der Stadtplanung blieb.

345 Die neue Hochhausstudie hat das Ziel, eine verbindliche Grundlage für die
346 Bewertung von zukünftigen Hochhausprojekten zu schaffen und würde im
347 vorliegenden Entwurf stadtweit in bestimmten Zonen Hochhäuser über 100m bei
348 Erfüllung der in der Studie definierten Anforderungen vorsehen. Die aktuell
349 ablaufende Beteiligungsphase muss trotz Corona eine qualifizierte und ehrliche
350 Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit sicherstellen, bevor darüber
351 politisch entschieden wird. Da das Votum von Bürgerentscheiden in München bisher
352 immer auch politisch langfristig gültig blieb, sollte die Hochhausstudie als
353 neue Planungsgrundlage ohne die 100m Obergrenze nicht nur im Stadtrat
354 beschlossen werden, sondern die Entscheidung über einen Ratsentscheid auch von
355 der Bevölkerung bestätigt werden. Dies ist Voraussetzung, um planungsrechtliche
356 Sicherheit für die Paketposthalle zu haben. Das ob eines einzelnen
357 Hochhausstandorts eignet sich dagegen nicht für eine Beteiligungsentscheidung im
358 Viertel oder auch stadtweit.

359 Die Überplanung des Paket Post Areal ist ein Schlüsselprojekt für die Zukunft
360 Neuhausens. Die Planungen sind die Chance, die Stadtviertelbewohner*innen ihre
361 Vorstellungen entwickeln zu lassen, welchen Beitrag es für eine gutes Leben vor
362 Ort leisten kann. Der Bezirksausschuss soll hierfür unverzüglich geeignete
363 Formate anbieten. Der interdisziplinäre Beirat muss dann Scharnier sein, die

364 Ergebnisse in den Planungsprozess zu integrieren. Der Vorschlag aus dem
365 Planungsreferat, für die Bewertung der Planungen und weitere Impulse auch das
366 Instrument des Bürgergutachtens einzusetzen, wird als interessante Ergänzung
367 begrüßt.

Unterstützer*innen

Fabian Norden (KV München)

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Stadtparteitag (beschlossen am: 20.03.2021)

Titel: **Positionspapier Bebauungsplan 2147 -
Paketpost-Areal**

Antragstext

1 Das Areal an der Paketposthalle in Neuhausen-Nymphenburg erhält seit der
2 Vorstellung der Planungen des Investors nicht nur seitens der städtischen
3 Verwaltung (bspw. durch das bevorstehende Bürgergutachten) sondern auch in der
4 Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Es ist eines der größeren
5 innerstädtischen Entwicklungsgebiete Münchens, das jedoch komplett in privater
6 Hand ist.

7 Die öffentliche Diskussion konzentriert sich weitestgehend auf die Frage der
8 geplanten Hochhäuser, doch die Gestaltung des Areals wirft noch viel mehr
9 spannende und zukunftsweisende Fragen auf. Die Nutzung der Halle, deren Fläche
10 ca. viermal so groß ist wie der Marienplatz, kann weit über das neue Viertel
11 hinaus Wirkung entfalten und sollte für die Stadtgesellschaft nicht nur monetär
12 gewinnbringend entwickelt werden. Die Planung des neuen Quartiers wünschen wir
13 uns auch unter Aspekten des Verkehrs, der Gestaltung der Freiflächen und der
14 Wohn- und Gewerbeeinheiten sowie unter bautechnischen Gesichtspunkten innovativ
15 und zukunftsweisend.

16 Um frühzeitig auf die vielen Aspekte des Planungsprozesses Einfluß nehmen und in
17 einen konstruktiven Dialog mit dem Investor und der (interessierten)
18 Öffentlichkeit treten zu können, hat der OV Neuhausen-Nymphenburg ein
19 Positionspapier entwickelt. Mit diesem Antrag wollen wir alle Münchner Grünen,

20 in den OV's, in den Fraktionen der verschiedenen (v.a. kommunalen) Gremien
21 einladen, eine gemeinsame konsistente Position zu diesem wichtigen Projekt,
22 einem nachhaltigen Stück Stadt im 21. Jahrhundert, zu beziehen.

23 Das Positionspapier findest Du hier im Folgenden oder als layoutete PDF-Version
24 unter [OV-NeuNy-Positionspapier in der Grünen Wolke](#).

25 **Bebauungsplan 2147 – Positionspapier**

26 *Erarbeitet zwischen November 2020 und Januar 2021 von der AG*
27 *Paketposthalle des OV Neuhausen-Nymphenburg im KV München von Bündnis*
28 *90/Die Grünen. Beschlossen am 27.01.2021 in der turnusgemäßen OV-Sitzung.*

29 **Vorwort**

30 Dieses Dokument stellt die Position des Ortsvereins (OV) Neuhausen-Nymphenburg
31 im Kreisverband München von Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Projekt dar. Die
32 Kapitel basieren auf den Themen des OV aus dem Wahlprogramm zur
33 Bezirksausschusswahl 2020 und wurden um den Aspekt der Beteiligung der
34 Bürger*innen im Projektprozess ergänzt.

35 **Kapitel 1: Klima und Artenschutz**

36 Das neue Baugebiet an der Paketposthalle hat die Chance eines der Münchner
37 Vorzeigeprojekte hinsichtlich Klimaanpassung und Biodiversität zu werden. Der
38 Klimawandel lässt die Temperaturen in den Städten steigen, sorgt gleichzeitig
39 für Trockenheit und häufigere Starkregenereignisse.

40 Hierfür ist es unabdinglich, dass Regenwasser in den Grünflächen und auf den
41 Dächern nicht nur schnell in den Boden versickert kann, sondern auch gespeichert
42 wird, um die Vegetation auf den Dächern, an den Fassaden und in den Höfen zu
43 bewässern. Pflanzen können durch die Verdunstung das gesamte Quartier abkühlen.
44 Um dies zu erreichen, muss das Quartier möglichst viel Wasser aufnehmen können.

45 So sollen die Substratstärken auf den Dächern erhöht werden, schon wenige
46 Zentimeter Wasseranstau auf den Dächern kann viel bewirken. Versickerung kann in
47 bepflanzten Bodenmulden erfolgen, Regenwasser kann in Wasserflächen in den Höfen
48 gespeichert werden. Die Versiegelung im Quartier ist auf das absolut notwendige
49 Mindestmaß zu beschränken, Beläge sollen möglichst wasserdurchlässig sein. Die
50 Überdeckung auf den Tiefgaragen sollte von den bisher in der

51 Freiflächengestaltungssatzung festgesetzten 60cm auf mindestens 80cm, für Bäume
52 eher 100 – 120cm erhöht werden. Für eine aktive Abkühlung der Fassaden haben
53 sich Fassadenbegrünungen bewährt, ein Mindestmaß an begrünten Fassaden soll
54 analog der Vorgaben des RGU für städtische Bauten angestrebt werden. Pkw-
55 Stellplätze sollten in den Freiflächen möglichst vollständig vermieden werden.
56 Anstelle von ausufernden Feuerwehr- Aufstellflächen können die 2. Rettungswege
57 durch intelligente Konzepte innerhalb der Gebäude gelöst werden.

58 Um eine gute Durchlüftung der Quartiere zu erreichen, sollten die Wohnblöcke
59 teilweise, vor allem in Richtung Westen, geöffnet werden. Zur Verminderung der
60 Aufheizung sollen möglichst helle und wenig Wärmespeichernde Materialien
61 verwendet werden. Glasfassaden werden hinsichtlich Aufheizung und Vogelschlag
62 sehr kritisch gesehen. Zur Vermeidung von Windverwirbelungen sind die Standorte
63 der Hochhäuser sehr genau zu untersuchen, die Vorplätze sollten möglichst
64 intensiv mit Bäumen bepflanzt werden. Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter und
65 Fledermäuse sollen in den Planungen der Häuser mitberücksichtigt werden.

66 Zur Stärkung und Biodiversität im neuen Stadtquartier muss die Artenvielfalt an
67 Blütenstauden und Kräutern auf den Dächern (Biodiversitätsdächer), in den
68 Pflanzflächen und den Grünstreifen entlang der Straßen deutlich erhöht werden.
69 Keine lebensfeindlichen Monokulturen von Gräsern oder Bodendeckern. Im neuen
70 Viertel sollen so viele Bäume wie sinnvoll möglich gepflanzt werden und so eine
71 Verschattung der Freiflächen und Reinigung der Luft - in einer möglichst großen
72 Diversifizierung in der Artenauswahl - sicherstellen. Freiflächen für Schulen
73 und Kindergärten sollen möglichst naturnah angelegt werden. Quartiersgärten,
74 Flächen für Urban Gardening, auch auf den Dächern, und Obsthaine in den
75 Innenhöfen versorgen die AnwohnerInnen ortsnah mit Obst und Gemüse und schaffen
76 gleichzeitig Lebensraum für die heimische Fauna.

77 Mehr Grün im Viertel schafft nicht nur Klimaschutz, sondern sorgt nachweislich
78 für eine größere Zufriedenheit.

79 **Kapitel 2: Materialverwendung**

80 Für das gesamte Projekt „Paketposthalle“ wäre eine Zertifizierung der
81 Nachhaltigkeit wünschenswert, z.B. durch die Deutsche Gesellschaft für
82 Nachhaltiges Bauen (DGNB). Zumindest die Zertifizierungskriterien der DGNB für
83 innerstädtische Quartiere sollten Leitlinien für Planung und Bau bilden. Das
84 gilt auch für die zu verwendenden Materialien.

85 Anstrebenswert ist eine weitgehende Orientierung an Cradle2Cradle-Prinzipien,
86 d.h. die Gebäudestrukturen sollten so ausgelegt sein, dass sie Kostenrechnungen

87 nicht nur für den Bau anstellen, sondern Lebensdauer und Klimafreundlichkeit mit
88 einbeziehen.

89 Es sollte eine Mischbauweise mit einem möglichst niedrigen Betonverbrauch
90 angestrebt werden. Wo er unerlässlich ist, an tragenden Teilen, sollte Low
91 Carbon-Zement eingesetzt werden.

92 Daneben sollten möglichst viel Nachwachsende, regionale, natürliche, nicht
93 erdölbasierte Rohstoffe verbaut werden, für den Gebäudekorpus, aber auch bei
94 Ausbau, Dämmung und Abdichtung.

95 Neben einem möglichst niedrigen CO₂-Ausstoß geht es auch um eine gute,
96 schadstofffreie Innenatmosphäre der Gebäude.

97 Zur allgemein anstrebenswerten Rezyklierbarkeit gehört, möglichst sortenreine,
98 langlebige Baustoffe zu verwenden und keine Mischprodukte wie z.B. WPC-Dielen.
99 Möglichst wenig verklebte Konstruktionen, sondern wieder sortenrein trennbare
100 Verbindung dienen dem gleichen Zweck.

101 Eine möglichst variable Bauweise mit flexiblen Innenwänden soll zukünftige
102 Anpassungen und Nutzungsänderungen ohne größere Eingriffe in die Bausubstanz
103 erlauben.

104 Die Führung eines Materialpasses und die Planung/ Konstruktion mit Building
105 Information Modelling (BIM) hilft die aufgeführten Prinzipien bei Planung, Bau,
106 Erhalt und Abriss zu optimieren.

107 Grundsätzlich geht es dabei zunächst schon um eine ressourcenschonende, Müll
108 vermeidende Bauweise. Bereits bei Abbruch der Bestandsgebäude sollte viel
109 Material wiederverwendet im Sinne des "Urban Mining".

110 **Kapitel 3: Energie**

111 Wir leben in Zeiten des Klimanotstandes. Dabei ist Energieverbrauch ein
112 entscheidender Einflussfaktor der globalen Erwärmung. Nun ist Energie kein
113 originäres Feld der Bebauungsplanung. Dennoch sollte die Landeshauptstadt durch
114 eine entsprechende Gestaltungssatzung Einfluss nehmen auf die Ausgestaltung
115 dieses klimakritischen Aspektes.

116 Gebäude und Verkehre sind von Beginn an so zu konzipieren, dass Energie
117 eingespart wird und ein klimaneutrales Stück Stadt entsteht. Ein so vielfältiges

118 Quartier bietet die Chance ein kluges Energie-Netzwerk zu bilden. Gebäude können
119 Energielieferanten sein. Insbesondere die möglichen Hochhäuser sollten durch
120 entsprechende Fassadengestaltung einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten
121 („Plusenergie-Hochhaus“). Doch auch die Dächer der Wohnhäuser und der
122 Paketposthalle sind energetisch aktivierbare Flächen. Dabei ist die
123 Verschattungsproblematik durch die Hochpunkte im Hinblick auf Systeme der
124 Solarenergie, insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten zu berücksichtigen
125 und komplementäre Systeme vorzusehen.

126 Den Forderungen des Bezirksausschuss 9 aus dem Jahr 2019 sowie der *Architects*
127 *for Future* vom November 2020 unterstützen wir und fordern die weitere
128 Berücksichtigung in der Bebauungsplanung.

129 **Kapitel 4: Verkehr**

130 Im Gebiet der PPH sollen 3.000 Arbeitsplätze und 1.200 Wohnungen sowie
131 kulturelle Nutzungen entstehen. Damit bewegen sich dort an Werktagen rund 5.400
132 Menschen auf einer relativen kleinen Fläche, wobei hier die Nutzer der
133 Einzelhandelsflächen nicht mitgerechnet sind. Der Standort ist gut mit dem
134 öffentlichen Nahverkehr erschlossen. Haupttrouten des Radverkehrs tangieren das
135 Gebiet nördlich und südlich.

136 Die Bebauungsplanung muss unsere im Wahlprogramm und dem Koalitionsvertrag
137 geforderten und beschlossenen Ideen der Verkehrswende wiedergeben. Die
138 visualisierte Idee der weitgehend von motorisiertem Individualverkehr befreiten
139 Bebauung begrüßen wir, wobei wir fordern, in einem autobefreiten Quartier Raum
140 für Spiel, Sport und Begegnung zu schaffen. Dafür bedarf es jedoch einer
141 detaillierten Prüfung der verschiedenen Nutzungen im Gebiet:

- 142 • Das Gebiet kann nachhaltig, ökologisch und klimagerecht nur durch den ÖV
143 erschlossen werden. S-Bahn im Süden und Tram im Norden sowie der Bus sind
144 hier in das erforderliche Verkehrsgutachten einzubeziehen und bzgl. ihrer
145 Stärkung näher zu untersuchen. Ein direkter Steg vom S-Bahnhof zum
146 Quartier ist dazu ein wichtiger Beitrag.

- 147 • Die Nutzung der Halle und die „normale“ Nutzung von Büro- und Wohnflächen
148 führt zu einer hohen Bedeutung des Radverkehrs. In der aktuellen Planung
149 sind dazu keine Hinweise zu finden, insbesondere keine Stellplatzkonzepte.
150 Die Flächen dafür sind in der Bebauungsplanung ebenso zu sichern, wie
151 Radquerverbindungen bspw. vom südlichen Ost-West-Radschnellweg nach Norden
152 zur Arnulfstraße und Richtung Rotkreuzplatz.

- 153 • Die Erdgeschossbereiche sollten kleinteilig und vielfältig genutzt werden,
154 wobei sie sich am Bedarf für das Quartier orientieren sollten. Der mit
155 Einzelhandelsflächen verbundene Lieferverkehr sollte über Tiefgaragen und
156 nicht an der Oberfläche abgewickelt werden.
- 157 • Eine weitgehende Reduzierung von der Stellplatzverpflichtung erscheint uns
158 im gut erschlossenen Innenstadtbereich besonders sinnvoll. Für den
159 zwingend notwendigen Bedarf an Stellplätzen für Wohnen und Gewerbe sollte
160 entsprechend der kommunalen Satzung eine Quartiersgarage errichtet werden,
161 ggf. auch mit flexibel nutzbaren Stellplätzen je nach Bedarfen ihrer
162 Nutzer.
- 163 • Die ökologischen Auswirkungen auf natürliche Versickerung, tatsächlich
164 mögliche Vegetation und die Situation z.B. Extremwetter, z.B. Starkregen
165 sind vorab zu untersuchen. Reduktionen der Stellplatzverpflichtungen sind,
166 insbesondere durch die o.g. Maßnahmen für ÖV und Radverkehr wie durch eine
167 weitgehende Befreiung von der Stellplatzverpflichtung v.a. für Projekte
168 des autofreien Wohnens unbedingt umzusetzen.

169 Daher halten wir die Idee eines Verkehrsgutachten mit variantenbasierten
170 Simulationen unter Einbezug überbezirklicher Auswirkungen für zwingend
171 erforderlich. Es sollte darauf ausgerichtet sein, vor allem (CO₂-emittierende)
172 motorisierte Individualverkehre zu vermeiden, Lieferverkehre intelligent zu
173 organisieren und eine kompakte Stellplatzlösung mit reduzierter Stellplatzzahl
174 für die Hauptnutzungen Wohnen, Büro und Einzelhandel zu finden. Dazu sind bei
175 der Aufstellung des Bebauungsplans sämtliche rechtliche Möglichkeiten
176 auszuschöpfen, ggf. auch durch die Änderung bestehender kommunaler Satzungen.

177 **Kapitel 5: Paketposthalle**

178 Die Sanierung und Öffnung der Paketposthalle für die Bevölkerung ist zu
179 begrüßen. Das einst größte Tonnengewölbe Europas ist ein beeindruckendes
180 Denkmal. Als 18.000qm großer, überdachter öffentlicher Raum wird sie einen
181 großen Gewinn für das neue Quartier. Der Investor wünscht einen belebten Raum
182 mit Kulturnutzungen im Untergeschoss. Die öffentliche Zugänglichkeit und eine
183 weitgehend nicht-kommerzielle oder kulturwirtschaftliche Nutzung sind sicher zu
184 stellen. Dies beinhaltet auch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur
185 (WCs, Strom, Sicherheit etc.).

186 Die große leere Fläche bedeutet Luxus und einen breiten Horizont möglicher
187 Aneignungsformen. Um diese Aneignung lebendig zu gestalten, muss das
188 Gesamtkonzept von der Stadt München unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger

189 und des benachbarten Backstage entwickelt werden. Die Nutzungen der Halle sind
190 generationen- und sozialgerecht abzuwägen und die Trägerschaft, z.B. durch einen
191 Kulturverein, rechtsverbindlich zu klären.

192 Die Halle muss als Knotenpunkt des Quartiers fungieren. Daher braucht es neben
193 wechselnden Events auch permanente Angebote, die Publikum anziehen und die große
194 Fläche strukturieren:

- 195 • Gastronomische Angebote wie ein Foodcourt, Foodtrucks, rollende
196 Espressobars, Wochenmärkte

- 197 • Flohmärkte, Designmärkte, Kunsthandwerk, Verkostungen, Reparaturcafé

- 198 • Sportmöglichkeiten (z.B. Basket-/Volleyball, Tischtennis, Bouldern,
199 Parkour)

- 200 • Plätze zum Verweilen auch für ältere Menschen mit Schach, Boule u.ä.

- 201 • Spielbereiche für Kinder

202 Darüber hinaus sollte mit einem evtl. mobilen Amphitheater ein flexibler
203 Veranstaltungsort für Kino, Theater, Musik und Town Hall Meetings geschaffen
204 werden. Feste Einbauten auf der Hallenfläche - in sehr reduzierter Kubatur -
205 können Struktur und Angebote schaffen.

206 Im Kellergeschoss kann ein Raumgeflecht mit den Schwerpunkten Kunst,
207 Musikproberäume, Tanz, Sport und einem spartenübergreifendem Veranstaltungssaal
208 entstehen. Die Ausgestaltung muss mit dem Backstage auf Synergien statt
209 Konkurrenz setzen. Alle Veranstaltungen sollten in einem für das Quartier
210 bewältigbaren Maßstab abgewickelt werden.

211 Es braucht eine sorgfältige Analyse der akustischen und klimatischen Bedingungen
212 und flexible architektonische Lösungen: von räumlichen und akustischen
213 Abgrenzungen (z.B. bewegliche Pflanzen) über Zonierungen durch Beleuchtung und
214 Bodenmarkierungen, einen geeigneten Bodenbelag bis hin zu mobilen
215 Sitzgelegenheiten. Regenerative Wärmequellen für den ganzjährigen Aufenthalt an
216 wenigen Punkten sind zu prüfen. Eine Vielzahl an Tonröhren kann die
217 Musikgeräusche des Kulturzentrums gezielt an die Oberfläche bringen. Ein weithin
218 sichtbarer gelber Briefkasten erinnert an die vormalige Nutzung. Eine
219 Bodenmarkierung kann auf die damaligen Bahngleise deuten.

220 Ein spannendes Projekt, das eine Bereicherung für die Stadt München werden kann
221 und soll!

222 **Kapitel 6: Wohnen**

223 Wohnraum in München ist ein knappes Gut, insbesondere für Haushalte mit geringem
224 oder mittlerem Einkommen. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist daher eine
225 fundamentale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Hochpreisige Wohnungen sind
226 meist Spekulationsobjekte, die nicht dazu beitragen München urbaner und
227 vielfältiger zu machen.

228 Wir fordern daher die Planungsbeteiligten auf, die Voraussetzungen zu schaffen,
229 ausreichend Wohnraum für diese Bevölkerungsgruppen auf mindestens 50% der final
230 ausgewiesenen Bauflächen des Plangebietes zu schaffen. Das Instrument ist dafür
231 die SoBoN, aber die Umsetzung der formal geltenden Regelungen Stand 2017 sollte
232 dringend übertroffen werden. Es sollten Flächen auch an Genossenschaften
233 vergeben werden, um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, sowie eine
234 möglichst hohe Mietwohnungsquote festgesetzt werden.

235 Die unterschiedlichen geförderten, preisgedämpften und freifinanzierten
236 Wohnungen in Miete oder Eigentum sind idealerweise im Quartier frei zu
237 verteilen. Auch die Hochhäuser sind nicht davon ausgenommen.

238 Die Vielfalt der Wohnbedarfe und Lebensphasen sollte sich in entsprechenden
239 Angeboten widerspiegeln, d.h. individuelle Angebote für Jung und Alt oder
240 gemeinschaftlich für Großfamilien, Mehrgenerationenprojekte, als Cluster-Wohnen
241 sowie durch Sharing-Modelle für ergänzendes Kurzzeit-Wohnen, Repair-Cafés,
242 Mobilität, o.ä. Atelierwohnungen oder Wohnungen mit Co-Working-Räumen
243 unterstützen den Kunst-/Kultur-Schwerpunkt im Quartier.

244 Die geplanten Blockstrukturen sind ein sehr starkes strukturelles Element, das
245 daher einer Auflockerung und Vielfalt in der Ausführung Bedarf. Die Umsetzung
246 der sechs- bis max. achtgeschossigen Wohngebäude sollte v.a. im Holzbau oder
247 hybriden Holzbau erfolgen, idealerweise nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip. Die
248 Innen- und Außenräume können von allen Nutzer*innen Tag und Nacht ohne physische
249 und psychische Barrieren genutzt werden und sollen auch von diesen flexibel mit
250 gestaltbar sein. Der Übergang zwischen den höhenliegenden begrünten Innenhöfen
251 und den autofreien Gassen auf Erdgeschoss-Ebene ist auf seine Barrierefunktion
252 für Nutzer*innen und für ein klimatisch-wirksames Verbundsystem zu überprüfen.

253 Zusätzlich sollte die aktuell mangelhafte bioklimatische Situation durch
254 Fassaden- und Dachbegrünung verbessert werden. Dabei ist auf den Dach- und

255 Hoffflächen ein intelligenter Ausgleich zwischen humanen,
256 gemeinschaftsorientierten Nutzungsansprüchen und den Bedarfen der Natur (v.a.
257 mit Blick auf den Artenschutz von Vögeln und Insekten) eine spannende
258 Planungsaufgabe.

259 **Kapitel 7: Hochhäuser**

260 München ist eine europäische Stadt, die sich durch Kompaktheit, Urbanität und
261 eine besondere Bedeutung von Grünelementen auszeichnet. München ist baulich
262 homogen und soziokulturell divers. Das macht die Attraktivität einer der
263 lebenswertesten Städte der Welt aus.

264 Zeichenhafte Gebäude mit Fernwirkung und die punktuelle Verdichtung von
265 Nutzungen können an sorgfältig ausgewählten Stellen städtebaulich durchaus
266 sinnvoll sein. Dafür braucht es aber ein übergreifendes Konzept, das mögliche
267 Akzentsetzungen in einen Sinnzusammenhang stellt, wie es im Entwurf der
268 Hochhausstudie vorgelegt wurde. Hochhäuser in der geplanten Form, an der Grenze
269 zum Wolkenkratzer, sind bisher kein Element urbaner Entwicklung der bayerischen
270 Landeshauptstadt. Wir Grüne in Neuhausen-Nymphenburg respektieren die
271 Entscheidung der Bürger*innen aus dem Jahr 2006 zur Höhengrenze von 100m. Sollte
272 sie geändert werden, so können das nur die Bürger*innen Münchens selbst. Sie
273 sind der Souverän dieser Stadt und haben hier das alleinige Wort. Das sollte
274 durch einen Ratsentscheid erfolgen.

275 Damit diese Gebäude, egal mit welcher Höhe sie final errichtet werden, keine
276 Büro- / Hotelmonolithe bleiben, ist planungsrechtlich für diese Flächen ein
277 „Urbanes Gebiet“ gem. §6a BauNVO festzusetzen. Eine geschossweise
278 Nutzungsmischung wird damit möglich, mit Nutzungen, die mit ihrer Umgebung
279 korrespondieren. Eine öffentliche Nutzung der Erdgeschoss- und Obergeschosse
280 sind vorzusehen.

281 Die architektonische Umsetzung der Hochpunkte und Wohnquartiere soll nach dem
282 Bürgerbegehren oder -entscheid durch Realisierungs- Wettbewerbe präzisiert
283 werden. Dabei sollte als Anforderung auch eine realistische Visualisierung zur
284 Überprüfung der Sichtachsen gelten sowie eine kritisch-kreative
285 Auseinandersetzung mit den mikroklimatischen Auswirkungen (Verschattungswirkung,
286 Wind) ggf. hoher Gebäude auf die Umgebung. Die Gebäude des aktuellen Masterplan-
287 Entwurf verschatten große Teile der (Wohn-)Bebauung auch angrenzender Viertel
288 mit negativen Konsequenzen für die Hofbelichtung und regenerative
289 Energieerzeugung.

290 Im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs müssen auch Aussagen zur

291 Verkehrsanbindung und -erzeugung der Gebäude erfolgen. Diese sollten
292 idealerweise das beabsichtigte Verkehrsgutachten einbeziehen bzw. teilräumlich
293 präzisieren. Ziel sollte sein, einem wesentlichen Nutzeranteil eine autofreie
294 Verbindung zu ermöglichen. Hierfür wird ein zeitgemäßes, hauseigenes
295 Mobilitätsmanagement eingeführt.

296 Es muss der Anspruch der Bebauungs- und Bauplanung sein, modernen Kriterien
297 nachhaltigen Bauens zu entsprechen. Der Klima- und Artenschutz soll hier die
298 Leitlinie sein. Wir haben keinen Planeten B. Klimaneutrale Gebäude sind
299 energieautark und werden recycelbar errichtet (**Cradle2Cradle**-Prinzip). Bei
300 Beachtung dieser Aspekte wird der Eingriff minimiert und ein Zeichen gesetzt –
301 ein Münchner Zeichen für Hochhausbau!

302 **Kapitel 8: Kinder, Jugendliche, Senioren und Menschen mit** 303 **Behinderung**

304 Die Stadt gehört allen Bürger*innen, auch jenen, die meist keine Stimme haben
305 und nur selten gehört werden. Dazu gehören vor allem Kinder und Jugendliche.
306 Auch Senioren und Menschen mit Behinderung haben oft keine ausreichende Lobby.
307 Abseits davon sind alle diese Gruppen sehr heterogen, so dass Interessen nicht
308 gebündelt und mit einer Stimme artikuliert werden.

309 Das Areal an der Paketposthalle ist eine Chance zu zeigen, wie der öffentliche
310 Raum inklusiv nach den Prinzipien des *Design for All* gestaltet werden kann. Eine
311 selbstverständliche barrierefreie Gestaltung des autofreien, öffentlichen Raums,
312 die Integration von altersgemäßen Spiel- und Späselementen in die Straßen- und
313 Freiraumgestaltung führt zu einer vielfältig nutzbaren Erlebniswelt.

314 In den grünen Innenhöfen der Wohnblöcke sind gut erreichbare Spielangebote
315 vorzusehen.

316 Durch rund 1.100 neue Wohneinheiten werden auch viele Kinder und Jugendliche
317 hier eine neue Heimat finden. Sie sollten wohnortnah in Kindertageseinrichtungen
318 und Schulen gehen können. Daher fordern wir eine kritische Analyse der Situation
319 der Kita-, Grundschul- und Gymnasialsituation in der Umgebung. Insbesondere der
320 langgezogene Sprengel der Margarethe-Danzi-Schule in Nymphenburg Süd könnte
321 durch eine ein- bis dreizügige Grundschule mit Tagesheim entzerrt werden. Das
322 Käthe-Kollwitz-Gymnasium ist bereits jetzt an seiner Kapazitätsgrenze. Um v.a.
323 die Belegung der Sporthalle in der Trojanstraße zu entzerren, müsste geprüft
324 werden, ob im Plangebiet Platz für eine neue Turnhalle für die Real- und
325 Mittelschulen Neuhausens geschaffen werden könnte.

326 In und um die Halle herum sollten für Kinder, Jugendliche und Senioren
327 niedrighschwellige und barrierefrei zugängliche Freizeit- und Kulturangebot
328 geschaffen werden. Daher ist bereits in der Bebauungsplanungsentwurfsphase mit
329 entsprechenden Trägervereinen und dem Behindertenbeirat der LHM eine Abstimmung
330 durchzuführen. Kinder und Jugendliche aus der Umgebung könnten durch Workshops
331 in die Nutzungsfindung mit einbezogen werden.

332 Den Bau einer Einrichtung für alte Menschen begrüßen wir. Angebote der
333 Altenpflege sollten baulich-sozial so in das Gefüge der Wohnbebauung integriert
334 werden, dass es zu keiner Ghettoisierung der dort lebenden Bewohner kommt.
335 Betreute Wohnformen lassen alle Menschen im Sinne eines Mehrgeneration-Ansatzes
336 das Leben in Würde und mit der größtmöglichen Autonomie zu. Dadurch kann ein
337 lebendiges Quartier entstehen, in dem alle Altersgruppen ihre Räume finden und
338 gemeinsam voneinander profitieren können.

339 **Kapitel 9: Beteiligung - Einbeziehung der Bürgerschaft in** 340 **das Verfahren**

341 Das einzigartige Projekt Paketposthalle erfordert zwingend einen intensiven
342 Einbezug der Bevölkerung über die rein formale Beteiligung im
343 Bebauungsplanverfahren hinaus. Das betrifft besonders die beiden Hochhäuser, da
344 seit einem Bürgerentscheid 2004 die Obergrenze von 100m zwar bisher nicht
345 rechtlich, aber politisch Grundlage aller Entscheidungen der Stadtplanung blieb.

346 Die neue Hochhausstudie hat das Ziel, eine verbindliche Grundlage für die
347 Bewertung von zukünftigen Hochhausprojekten zu schaffen und würde im
348 vorliegenden Entwurf stadtweit in bestimmten Zonen Hochhäuser über 100m bei
349 Erfüllung der in der Studie definierten Anforderungen vorsehen. Die aktuell
350 ablaufende Beteiligungsphase muss trotz Corona eine qualifizierte und ehrliche
351 Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit sicherstellen, bevor darüber
352 politisch entschieden wird. Da das Votum von Bürgerentscheiden in München bisher
353 immer auch politisch langfristig gültig blieb, sollte die Hochhausstudie als
354 neue Planungsgrundlage ohne die 100m Obergrenze nicht nur im Stadtrat
355 beschlossen werden, sondern die Entscheidung über einen Ratsentscheid auch von
356 der Bevölkerung bestätigt werden. Dies ist Voraussetzung, um planungsrechtliche
357 Sicherheit für die Paketposthalle zu haben. Das ob eines einzelnen
358 Hochhausstandorts eignet sich dagegen nicht für eine Beteiligungsentscheidung im
359 Viertel oder auch stadtweit.

360 Die Überplanung des Paket Post Arealis ist ein Schlüsselprojekt für die Zukunft
361 Neuhausens. Die Planungen sind die Chance, die Stadtviertelbewohner*innen ihre
362 Vorstellungen entwickeln zu lassen, welchen Beitrag es für eine gutes Leben vor
363 Ort leisten kann. Der Bezirksausschuss soll hierfür unverzüglich geeignete

364 Formate anbieten. Der interdisziplinäre Beirat muss dann Scharnier sein, die
365 Ergebnisse in den Planungsprozess zu integrieren. Der Vorschlag aus dem
366 Planungsreferat, für die Bewertung der Planungen und weitere Impulse auch das
367 Instrument des Bürgergutachtens einzusetzen, wird als interessante Ergänzung
368 begrüßt.

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Rüdiger Schäffer

Titel: Klimaschutz in Zeiten der Corona-Krise

Antragstext

1 Die Deutsche Bank hat schon im Frühsommer 2020 errechnet, dass die Maßnahmen im
2 Zuge der Corona-Krise etwa so viel kosten, wie die Deutsche Einheit. Inzwischen
3 dürfte noch einiges dazugekommen sein.

4 Entsprechend panisch ist die Stimmung in den Kammereien und es wird an jeder
5 möglichen und unmöglichen Stelle gekürzt und gespart. Bei der Landeshauptstadt
6 München sind **zum Beispiel die Gelder für die Sanierung der städtischen Gebäude**
7 **quasi komplett gestrichen worden**, was in krassem Gegensatz zum erklärten
8 politischen Wille der grün-roten Koalition steht.

9 Klimaschutz kann aber nicht warten, da der Klimawandel auch nicht wartet.

10 Die GRÜNEN MÜNCHEN wehren sich gegen einen heimlichen Ausstieg aus den
11 Klimaschutzmaßnahmen "**Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030**" und fordern
12 kurzfristig Konzepte der Stadtverwaltung, wie dieses Klimaschutzziel erreicht
13 werden kann - trotz leerer Kassen.

14 Den Investitionen für die Maßnahmen des Klimapaketes müssen bei jedem Neubau die
15 Einsparungen im Betrieb und die Zuschüsse gegenübergestellt werden. **Dann wird**
16 **sehr schnell klar, dass die Klimaschutzmaßnahmen insgesamt kein Geld kosten,**
17 **sondern helfen, Geld zu sparen.**

- 18 Die FRAKTION DER GRÜNEN soll bei der Stadt München erfragen:
- 19 - wie viele der städtischen Gebäude nach aktueller Planung bis in 10 Jahren
20 klimaneutral gebaut oder saniert werden,
- 21 - wie hoch die geplanten Investitionen der LHM hierfür sind,
- 22 - wie hoch die Zuschüsse von Bund und Land hierfür und
- 23 - wie hoch die Einsparungen im Betrieb dieser Gebäude in den nächsten 50 Jahren
24 sind

Begründung

Im krassen Gegensatz zum Beschluss **Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030 der GRÜNEN** vom vorletzten Stadtparteitag wurden **die Mittel für die Sanierung von Gebäuden - coronabedingt - auf Null zurückgefahren.**

Selbst viele Neubauten der aktuellen Bauprogramme sind **nicht im Ansatz klimaneutral und werden so vor Fertigstellung schon wieder zum Sanierungsfall** - genauso wie die Neubauten der letzten Jahre.

Gegen diese Verschwendung öffentlicher Gelder wehren sich die GRÜNEN.

Ab Sommer 2021 gibt es zudem **Zuschüsse für energiesparende Gebäude, die die Mehrkosten des Klimabeschlusses aller Voraussicht nach mehr als ausgleichen** und Passiv-, Nullenergie- und Plusenergiehäuser sparen schon immer im Betrieb mehr ein, als die Baumehrkosten betragen.

Die Stadt nimmt also mit der Maßnahme Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030 mehr ein, als sie ausgibt und das gleich doppelt - zumindest bei den Neubauten.

Diese Überschüsse können dazu verwendet werden, um die dringend notwendigen Investitionen in den Bestand zumindest teilweise mitzufinanzieren.

Voraussetzung ist jedoch, dass die Kosten, Einnahmen und Einsparungen transparent gemacht werden und bei jedem einzelnen Gebäude gegengerechnet werden.

Dagegen wehrt sich die Kämmerei momentan noch, vermutlich, da sie coronamaßnahmenbedingte Finanzlöcher mit den Zuschüssen für energiesparende Bauten stopfen möchte.

Dagegen sollten wir uns mit aller Kraft wehren.

Unterstützer*innen

Alfred Mayer (KV München)

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Rüdiger Schäffer

Titel: Diskriminierung ist, wo Kinder sind

Antragstext

1 **Corona zeigt es mal wieder deutlich: Nicht nur Familie, sondern auch**
2 **Diskriminierung ist, wo Kinder sind.**

3 **Natürlich trifft es mal wieder vor allem Frauen und hauptsächlich die**
4 **Alleinerziehenden:**

5 Zur Mehrfachbelastung von Arbeit, Haushalt und Kindererziehung kommt jetzt noch
6 die ehrenamtliche Beschulung, sowie die psychologische Betreuung von
7 traumatisierten Kindern.

8 Interessanterweise trifft es die unteren Einkommensgruppen am Härtesten, die
9 nebenher und bei schlechter Bezahlung systemrelevante Jobs erledigen und deshalb
10 nicht so einfach ins Homeoffice wechseln können.

11 Deswegen musste vielfach der gesetzlich garantierte Erholungsurlaub und zum Teil
12 noch unbezahlter Urlaub zur Kinderbetreuung genommen werden.

13 **Und das alles, um Arbeiten zu erledigen, die eigentlich Aufgabe der gesamten**
14 **Gesellschaft sind**, nämlich Erziehung, Verköstigung, Beschulung und Betreuung von
15 unseren Kindern.

16 Dies verurteilen die GRÜNEN MÜNCHEN und fordern die Leistung der Erziehenden
17 nicht nur symbolisch wertzuschätzen und **eine Vereinbarung von Familie und Beruf**
18 **auch bei den sogenannten systemrelevanten Berufen und auch in Krisenzeiten zu**
19 **ermöglichen.**

Begründung

folgt mündlich

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: AK Urbane Mobilität (dort beschlossen am: 11.03.2021)

Titel: **Lastenräder zur gemeinschaftlichen Nutzung fördern**

Antragstext

1 Die Münchner Grünen setzen sich auf Partei- und Mandatsebene dafür ein, dass die
2 Landeshauptstadt München ein Fördermodell auflegt, das die Anschaffung von
3 Lastenfahrrädern mit und ohne E-Antrieb sowie Fahrradanhängern unterstützt.

4 Körperschaften des öffentlichen Rechts, eingetragene Vereine, Genossenschaften
5 und Unternehmen sollen antragsberechtigt sein. Der Fördersatz soll einen Gutteil
6 des Kaufpreises ausmachen und bis zu 80% betragen für Lastenräder, die der
7 Allgemeinheit kostenfrei zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden.
8 Ladeinfrastruktur und Abstellanlagen sollten flankierend unterstützt werden.

Begründung

Der Verkehrsanteil im Umweltverbund wird durch Lastenräder erhöht. Von der Kindermitnahme bis zur urbanen Logistik bieten Lastenfahrräder und Anhänger schnelle, flexible und umweltfreundliche Transportlösungen von Tür zu Tür für fast alle Menschen.

Um Ressourcen in der Anschaffung und Platzbedarf in der Nutzung gering zu halten, sind Sharing-Konzepte von Vorteil. (Rund 40 % der Fahrten im (freien) Lastenradsharing ersetzen eine Autofahrt.) Hiermit wird selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht, da kein Führerschein Voraussetzung ist und auch Menschen mit geringem Einkommen mobil sein können. Mit der höheren Fördersumme werden gemeinnützige Vereine und

kooperative Institutionen gestärkt. Die häufigere Nutzung führt zu einer Vorbildrolle und zu einer effektiven Auslastung. Damit Organisation- und Abrechnungsaufwand gering gehalten werden kann, bieten sich kollektive Nutzungsmodelle über Vereine, Genossenschaften, Unternehmen oder sonstige Institutionen an.

Auch wenn Lastenpedelecs größere Transportkapazitäten, Reichweiten, mehr Komfort und Nutzungsanreiz bieten, sollen für gelegentlichen Einsatz auch wartungsarme Modell ohne Antrieb oder auch hochwertige Anhänger förderfähig sein.

Unterstützer*innen

Gerhard Pfaffinger (KV München), Albert Högner (KV München), Harald Rank (KV München), Merle Schroer (KV München), Katharina Wolfrum-Thiessen (KV München), Sonja Rümelin (KV München)

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Alfred Mayer

Titel: **Pandemie: 1. Einschränkung des Flugverkehrs
2. Begrenzung der Fahrgastzahlen bei Bus und
Bahnen**

Antragstext

- 1 1. Unsere Abgeordneten in Landtag und Bundestag werden gebeten, zur Eindämmung
2 der Corona-Pandemie die weitestgehende Einschränkung des Flugverkehrs zu
3 fordern.

- 4 2. Ferner sollen die Träger des Schienen- und Öffentlichen Personennahverkehrs
5 im Einvernehmen mit den Aufsichtsbehörden nach Möglichkeiten einer zeitlichen
6 Streckung der RushHour zu suchen, um auch da die Einhaltung der
7 Sicherheitsabstände zu ermöglichen.
8 Für Fernzüge der Bahn sollte zur Schaffung der notwendigen Abstände eine
9 entsprechende strikte Reservierungspflicht eingeführt werden.

Begründung

Wenn vor einem Jahr die Flugreisen auf ein Minimum beschränkt worden wären, wären uns vielleicht fast alle tief in unsere Existenz eingreifenden Maßnahmen, schwere Krankheitsverläufe und Todesfälle erspart geblieben. Spätestens jetzt stehen wir vor der gleichen Situation, nämlich der Gefahr einer dritten Welle der Pandemie.

Gegenwärtige Situation:

1.

Bis 60 % einen Impfschutz haben, werden ganz sicher noch 4 bis 6 Monate vergehen.

2.

Die These, eine 60%ige oder sonst teilweise Durchimpfung könne eine Pandemie beenden, ist mit logischen Erwägungen schwer vereinbar. Jedenfalls im Hinblick auf die hohe Ansteckungsgefahr bei den kaum noch im Blick zu haltenden Mutationen des Corona-Virus.

3.

Die Dauer des Impfschutzes ist noch nicht bekannt. Eine Wahrscheinlichkeit, daß er länger anhält als bei der jährlich zu wiederholenden Grippeimpfung, drängt sich wohl nicht auf.

Angesichts einer noch nie da gewesenen hohen Mutationsfreudigkeit ist derzeit nicht ausschließbar, dass sich das Virus vor den Antikörpern sehr bald seinerseits immunisieren wird

4.

Gäbe es die Mutationen nicht, könnte es dank der Impfung der besonders gefährdeten Personen - wofür wir Alten sehr sehr dankbar sind - viel weniger schwere Krankheits- und Todesfälle geben. Fest steht aber die heftige Ausbreitungspotenz der neuen Viren, sodaß die Zahlen schon vor den nun beschlossenen Lockerungen beständig nach oben gehen und eine steile Kurve nach oben eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich ist.

5.

Die nun als Stein der Weisen in bewundernswerter Schnelligkeit zur Verfügung stehenden Testmöglichkeiten weisen große Lücken auf und rechtfertigen eigentlich nicht, die anderen Schutzmaßnahmen so hintanzustellen, wie es geplant ist.

6.

Selbsttests sind weniger zuverlässig als PCR-Tests. Auch wenn die in Deutschland im Handel erhältlichen Selbsttests (mit einer Sonderzulassung des BfArM oder einer CE-Kennzeichnung mit vierstelliger Kennnummer der Benannten Stelle) bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen müssen, sind sie in ihrer Aussagekraft eingeschränkt. Dies gilt in besonderem Maße im Falle einer Testung ohne Symptome.

Insbesondere, wenn eine niedrige Viruslast vorliegt, wie z. B. in der frühen Phase (etwa in den ersten fünf Tagen) nach einer Ansteckung oder ab der zweiten Woche nach Symptombeginn kann ein Test negativ sein,

obwohl eine Infektion vorliegt. Sie können dann ansteckend für andere Menschen sein.

Auch kann ein Nachweis nicht gelingen, wenn die Probeentnahme nicht ideal vorgenommen wurde und sich zu wenig Virusmaterial in der Probe befindet. Die Leistungsfähigkeit/Qualität der Tests spielt daneben eine große Rolle. Daher schließt ein negatives Testergebnis eine akute Infektion und die mögliche Weitergabe des Virus nicht aus.

Deswegen müssen Sie die Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen weiter einhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die sogenannte AHA+L+A-Regel: A = Abstand, H = Hygiene (regelmäßig für 20-30 Sekunden die Hände mit Seife waschen), A = Alltag mit Masken, A = (Corona-Warn-)App und L = lüften. Weitere Informationen zu den Schutzmaßnahmen finden Sie hier.

Stand: 04.03.2021 der Quelle <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/>

7.

Auch Schnelltests sind nicht sicher genug, um bei einem negativen Ergebnis ruhigen Gewissens freie Fahrt geben zu können. Die Inkonsequenz, einerseits positive Tests immer nachzutesten, negative andererseits überhaupt nicht, lässt viele vermeidbare Infektionen bei den künftig nach einem Test freistehenden Aktivitäten erwarten.

8.

Der durchgehend sorglos geduldete nationale und internationale Flugverkehr mit oft nicht eingehaltenen Sicherheitsabständen der Fluggäste und nicht auf Durchsetzung der Maskenpflicht eingerichtetem Flugpersonal sorgte für ein Maximum an rascher Ausbreitung des Virus. Das zeigte sich besonders bei der rasanten Weltläufigkeit neuer Varianten. Tests vor und nach den Flügen sind nicht sicher genug (Vgl. oben Ziff.6 und 7). Sie zeigen kurz vor dem Flug und kurz vor der Landung aufgenommene, zur Infektion führende Viren nicht an.

9.

Im Schienenfernverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr ist den Unternehmen bisher nicht gelungen, die notwendigen Sicherheitsabstände zu ermöglichen.

10.

Ehe die jetzt aufgehobenen (nur teils nicht pausiblen) Zwänge wieder eingeführt werden, wäre endlich der entscheidende Streich gegen den internationalen Reiseverkehr zu führen, der vielleicht schon vor einem Jahr alle anderen viel schlimmeren Maßnahmen hätte verhindern können.

**Sind Flugreisen in alle Welt zum Billigjakobpreis wirklich wichtiger als unsere Existenz ?
Eine Führung einer Partei, die sich nicht einmal mehr so etwas harmloses wie einen fleischlosen Tag
in
behördlichen Kantinen zu fordern traut, scheint nicht den Mut und auch nicht das Herz zu haben,
mit aller Kraft die längst notwendigen Reisebeschränkungen zu fordern.**

**Aber jetzt haben wir die ausreichend schlimmen Erfahrungen, um die richtige Entscheidung
wagen zu können.**

Es darf gefragt werden:

**Ist schlimmer, auf die auch noch klimaschädlichen Urlaubsreisen in alle Welt und alle
unnötigen weltumspannenden Geschäfts- und Politikerreisen zu verzichten
oder**

**die existenzbedrohenden und existenzvernichtenden Einschränkungen unseres Alltags
hinnehmen zu müssen ?**

**Ich hoffe, daß es diesmal wenigstens eine oder einen grünen Mandats-, Amts- oder
Funktionsträger gibt, die/der den Mut oder sogar das Herz hat, seine Stimme zu erheben.**

**Als es ab dem 20 März 2020 um die Maskenpflicht und im August um Pflicht zu FFP2Masken
ging, sind meine Hilferufe ohne jede Resonanz seitens der Grünen verhallt.**

**Wie kann man für unsere Zukunft noch Hoffnung haben, wenn keine Bereitschaft besteht,
selbst derart simple, sich jedem Beobachter aufdrängenden Gedankengänge aufzunehmen ?**

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Alfred Mayer

Titel: Eine Photovoltaikanlage auf jedes geeignete Dach im Eigentum der Stadt und ihrer Töchter

Antragstext

1 1. Entsprechend dem noch immer nicht umgesetzten vorletzten Kommunalwahlprogramm
2 wird die Stadtratsfraktion gebeten, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um auf
3 jedes geeignete Dach der Stadt und ihrer Töchter, insbesondere der Stadtwerke
4 und der städtischen Wohnungsgesellschaften, Photovoltaikanlagen zu
5 verwirklichen.

6 2. Die Fraktion wird um Stellungnahme gebeten, an welchen unüberwindlichen
7 Klippen die Verwirklichung dieses Traums bisher gescheitert ist.

Begründung

Eigentlich würde sich von selbst verstehen, daß dieser Teil des Wahlprogramms längst umgesetzt sein müsste.

Deshalb auch(!) die Bitte um Stellungnahme.

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Alfred Mayer

Titel: **Bau von Photovoltaikanlagen durch die Stadtwerke auf von den Bürger*innen gemieteten Dächern**

Antragstext

1 Die Fraktion wird gebeten, auf den Auftrag an die Stadtwerke hinzuwirken, im
2 gesamten Stadtbereich den Hauseigentümern die Anmietung ihrer Dächer zu einem
3 attraktiven Preis anzubieten, um darauf mit Hilfe der Photovoltaik ihrem
4 ursprünglichen Unternehmenszweck der Erzeugung elektrischen Stroms nachzukommen.
5 Alle geeigneten Mietangebote sollen genutzt werden.
6 Soweit die Kapitalausstattung für die Anschaffung der Anlagen nicht reicht, soll
7 Fremdkapital aufgenommen werden.

Begründung

Als Folge der fehlenden Bereitschaft aller Stromversorger, elektrischen Strom aus der Sonnenenergie zu gewinnen, mussten viele Bürger*innen mit großer Mühe, finanziellen Verlusten und viel Verdruss - auch von Seiten der Stromversorger - den Weg dazu frei schaufeln. Die Stromversorger fühlen sich da noch immer nicht berufen - eine Fehleinschätzung der aus ursprünglich gutem Grund glänzend dotierten Herren.

Da sollten wenigstens die kommunalen Stromversorger in ihrem unmittelbaren Bereich vorangehen.

Der Miet-/Pachtpreis sollte attraktiv sein. Die Stadtwerke sollen dabei nicht zur Gewinnerzielung gezwungen sein.

Jedenfalls jetzt ist eine Fremdfinanzierung der Photovoltaik völlig risikolos und gewinnbringend. Eine städtische Gesellschaft hat wesentlich bessere Kreditbedingungen als jeder private Betreiber einer Photovoltaikanlage.

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Mona Fuchs, Christian Smolka, Dr. Michael Czisch, Clara Nitsche

Titel: Mehr Grün für München

Antragstext

1 Die Münchner GRÜNEN setzen sich auf Partei- und Mandatsebene dafür ein, die
2 Anstrengungen zu einer umfassenden und nachhaltigen Begrünung der
3 Landeshauptstadt München deutlich zu erhöhen. Im Hinblick auf die
4 fortschreitende Erdüberhitzung sind effiziente Maßnahmen der Klimaanpassung
5 unabdingbar. Sie dienen der Verringerung der Aufheizung des Stadtklimas,
6 insbesondere im dicht bebauten Bereich innerhalb des Mittleren Rings und müssen
7 trotz der pandemiebedingten Haushaltskrise unverzüglich angegangen werden.
8 Außerdem fordern wir vermehrte Maßnahmen zum Schutz, Erhalt und Ausbau des
9 städtischen Grüns:
10 Dies schließt eine mögliche Novellierung der Baumschutzverordnung, ein
11 Förderprogramm zur Begrünung städtischer Fassaden, ökologische Bewirtschaftung
12 von Grünflächen und Straßenbegleitgrün, den verstärkten Einsatz für den Erhalt
13 von bauplanungsrechtlich ausgewiesenen und in §34-Gebieten vorhandenen realen
14 Grünflächen, sowie eine konsequente Entsiegelung und Begrünung der Bereiche
15 ruhenden Verkehrs mit ein.

Begründung

Die Klimaerhitzung schreitet weiter ungebremst voran. "Der Klimawandel (ist) in München anhand der langjährigen Messreihen bereits deutlich nachweisbar (...)" (Mühlbacher et al., 2020, S. 35).

"Im Vergleich zum Umland sind im Mittel die Temperaturen im Stadtgebiet immer höher, vor allem in den

Nachtstunden ist dieser Temperaturunterschied besonders hoch und kann an einzelnen Tagen bis zu 9 K für die hier verglichenen Stationen betragen. Dies spiegelt sich auch in der Anzahl der Kenntage wider, es gibt im Mittel mehr „warme“ Kenntage an der Station München-Stadt – „kalte“ Kenntage werden häufiger im Umland registriert." (Mühlbacher et al., 2020, S. 35).

Dies wird durch die dichte städtische Bebauung mit wenigen Grünflächen und Bäumen mitverursacht und signifikant verstärkt.

Es ist von herausragender Bedeutung, die Vegetation im Münchner Stadtgebiet verstärkt zu schützen. Die folgenden Maßnahmen werden von der LHM gefordert:

Novellierung der Baumschutzverordnung: Die negative Baumbilanz (Quelle) in München muss umgehend gestoppt werden. Ersatzpflanzungen, auch für abgestorbene Bäume, ggf an einem örtlich benachbarten Ersatzstandort, werden verbindlich festgeschrieben. Hierbei wird das effektive Kronenvolumen als Maßstab gesetzt.

Fassadenbegrünung: Die LHM hat bereits beschlossen, die Fassaden von mindestens 30% der städtischen Neubauten zu begrünen. Wir fordern nun, auch Fassaden städtischer Bestandsimmobilien umfassend zu begrünen. Auch Grundstückseingrenzungen (Zäune, Mauern) sind nach Möglichkeit bei der Begrünung mit zu berücksichtigen. Die Münchner GRÜNEN setzen sich auf Partei- und Mandatsebene dafür ein, dass auch private Hauseigentümer*innen stärker als bisher bei der Begrünung und Entsiegelung zu unterstützt werden und dieses Angebot durch konkrete und wiederholte Kampagnen bekannt gemacht wird.

Entsiegelung: Bereiche des ruhenden Verkehrs sollen entsiegelt werden (Kopfsteinpflaster, Rasengittersteine o.ä.). Diese Maßnahme wird ab sofort bei Wartungs- oder Instandhaltungstätigkeiten des Straßenbauamts berücksichtigt. Öffentliche Plätze und Anlagen sind auf die Möglichkeit einer verstärkten Entsiegelung hin zu prüfen und diese ist entsprechen zeitnah durchzuführen.

Referenz:

Stadtklimatische Untersuchungen der sommerlichen Temperaturverhältnisse und des Tagesgangs des Regionalwindes („Alpines Pumpen“) in München.
Gudrun Mühlbacher, Meinolf Koßmann, Katrin Sedlmeier, Kristina Winderlich
Selbstverlag des Deutschen Wetterdienstes, Offenbach am Main 2020

F3

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Stadtvorstand (beschlossen am: 12.03.2021)

Titel: OV Finanzierung 2021

Antragstext

1 Die Stadtversammlung möge beschließen:

2
3 Ab dem Jahr 2021 wird der Sockelbetrag im Rahmen des Festzuschusses an die
4 Ortsverbände von 250€ auf 750€ pro Jahr und OV erhöht. Der Zuschuss in Höhe von
5 6,50€ pro Mitglied und Jahr im Rahmen des Festzuschusses bleibt unverändert.

6
7 Die Sondermitgliedsbeiträge der BA Mitglieder, die derzeit an den Kreisverband
8 gezahlt werden, kommen den Ortsverbänden zugute.

9
10 Der OV-Aktionsetat bleibt unverändert gegenüber 2020.

11
12 Im ersten Quartal 2022 findet ein erneutes OVV Treffen zum Thema OV-Finanzierung
13 statt, bei dem die künftige OV-Finanzierung diskutiert wird.

Begründung

Dieser Vorschlag wurde auf Grundlage des OV-Schatzmeister*innen-Treffens im Januar 2021 erarbeitet.

2021 werden mit der so vorgeschlagenen Regelung, 32.000€ an Festzuschüssen an die Ortsverbände ausgezahlt. Das entspricht einer Steigerung von 46% gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt findet eine Auszahlung von 37.000€ an die Ortsverbände statt (Festzuschuss + Aktionsetat).

Dieser Vorschlag des Stadtvorstands wurde bei einem OVV am 2.3. den Ortsverbänden vorgestellt und ist auf große Zustimmung von Seiten der OV-Vorstände gestoßen.

Beim OVV Treffen zur OV-Finanzierung Anfang 2022 wird insbesondere der Aktionsetat und eine OV-Wahlkampffinanzierung beginnend ab der Landtagswahl 2023 diskutiert.